

Politische Berichte

PROLETARIER ALLER LÄNDER VEREINIGT EUCH! PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER VEREINIGT EUCH!

Zur Lage der Menschen- rechte



**g für Zwangsa
schenke für**

**Elende Entschädigung
für Zwangsarbeiter**



**Türkei: Massaker an
politischen Gefangenen**



**USA: Oberster Gerichts-
hof lehnt Gesuch ab**



**Mercedes Argentinien:
Verantwortung für
„Verschwindenlassen“**



Politische Berichte

ZEITUNG FÜR SOZIALISTISCHE POLITIK
- ERSCHIET VIERZEHNTÄGLICH

Herausgeber: Arbeitskreis Politische Berichte, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart. Herausgeber für den Arbeitskreis Politische Berichte: Selman Arslan, Christoph Cornides, Ulrike Detjen, Emil Hruška, Herbert Stascheit.

Verantwortliche Redakteure und Redaktionsanschriften:

Aktuelles aus Politik und Wirtschaft: Christiane Schneider, Hamburg: GNN-Verlag, Neuer Kamp 25, 20359 Hamburg, Tel. 040 / 43188820, Fax: 040 / 43188821.

Auslandsberichterstattung: Hardy Vollmer; GNN-Verlag, Wilhelmstraße 15, 79098 Freiburg, Fax: 0761 / 34961

Regionales / Gewerkschaftliches West ...: Martin Fochler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32 ... und Ost Rüdiger Lötzer; GNN-Verlag, Postfach 200639, 13516 Berlin, Tel. 030 / 24009468, Fax: 030 / 24009469

Diskussion / Dokumentation und Letzte Seite: Alfred Küstler, GNN Verlag, Stubaier Straße 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32

In und bei der PDS: Jörg Detjen, GNN Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7, Tel. 0221/211658, Fax: 0221/215373

Termine: Christiane Schneider, Anschrift s. Aktuelles.

Die Mitteilungen der „ARGE, Arbeitsgemeinschaft Konkrete Demokratie, soziale Befreiung bei der PDS“ werden in den Politischen Berichten veröffentlicht.

Verlag: GNN-Verlagsgesellschaft Politische Berichte mbH, 50674 Köln, Zülpicher Str. 7 und GNN Verlag Süd GmbH, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart, Tel. 0711 / 62 47 01, Fax: 0711 / 62 15 32. E-mail: gnn-stuttgart@t-online.de

Bezugsbedingungen: Einzelpreis 2,50 DM. Ein Halbjahresabonnement kostet 45,50 DM (Förderabo 71,50 DM), ein Jahresabonnement kostet 91 DM (Förderabo 143 DM). Ein Jahresabo für Bezieher aus den neuen Bundesländern: 80,60 DM, Sozialabo: 65 DM. Ausland: +13 DM Porto. Buchläden und andere Weiterverkäufer erhalten 30 % Rabatt.

Druck: GNN Verlag Süd GmbH Stuttgart

Politische Berichte

- zum Abonnieren - zum Kennenlernen

Hiermit bestelle ich Stück pro Ausgabe der PB

- o 4 Ausgaben für 10 DM (beilegen) zum Kennenlernen.
- o Halb- o Jahresabo (45,50 DM / 91 DM je Einzelabo)
- o Halb- o Jahres-Förderabo (71,50 DM / 143 DM).
- o Halb- o Jahres-Sozialabo (32,50 DM / 65 DM).
- o Halb- o Jahresabo neue Länder (40,30 DM / 80,60 DM)
- o Bankeinzug: Ich ermächtige den GNN-Verlag widerruflich, die Rechnung zu Lasten meines Kontos abzubuchen

Name:

Straße:

Postleitzahl/Ort:

Kto-Nr.

BLZ:

Bank:

Unterschrift:

Einsenden an: GNN-Verlag, Stubaier Str. 2, 70327 Stuttgart

BUNDESWEHRPRÄSENZ STATT

HILFE. Gegen die Stimmen der PDS und einzelner Abgeordneter hat der Bundestag die Entsendung von ca. 100 Sanitätssoldaten nach Darwin / Osttimor beschlossen. Dazu der PDS-Abgeordnete Hübner: „Anders als von der Regierungssseite behauptet, gibt es seitens der Vereinten Nationen keine spezielle Anforderung von militärischer Unterstützung durch die Bundesrepublik, auch nicht im Sanitätsbereich. Stattdessen ist festzustellen, dass dort, wo Transall-Maschinen in Osttimor überhaupt nur landen können, die Krankenversorgung als gesichert gelten kann. Sowohl meine Gesprächspartner der UNO als auch des Internationalen Roten Kreuzes haben diese Einschätzung der medizinischen Versorgungslage durchweg bestätigt und ausdrücklich darum gebeten, aus Deutschland nicht auch noch ein Feldlazarett oder militärische Sanitätseinheiten zu schicken. Stattdessen gäbe es großen Bedarf an Medikamenten, an medizinischem Gerät und an mobilen Ärzte-teams, die auf dem Lande und in den Bergen die Versorgung der Menschen, zumal der Flüchtlinge, gewährleisten und darüber hinaus damit beginnen, eine flächendeckende Basisversorgung zu reorganisieren.“ Die Bundesregierung stellt gerade mal 6 Mio. DM für Lebensmittel, Wasser/Abwasser, flächendeckende medizinische Versorgung u.ä. bereit, während sie sich das Bundeswehrkontingent 5 Mio. DM monatlich kosten lässt.

NEBENWEGE. Wie berichtet (s. PB 20), liegt der Etat der Bundeswehr für Beschaffungen im nächsten Haushalt mit offiziell 7,3 Mrd. DM höher als in den vergangenen. Tatsächlich ist der Fonds für die Modernisierung der Bundeswehr sogar noch größer, weil mehrere 100 Millionen aus dem Extra-Haushalt für den „Balkan-Einsatz“ (Einzelplan 60 der allgemeinen Finanzverwaltung) für Neuan-schaffungen und Umrüstungen der Bundeswehr bereitgestellt werden, so z.B. 8 Mio. für Fernmeldegeräte der Krisenreaktionskräfte, die nicht auf dem Balkan stationiert ist, mehrere Millionen für die Modernisierung des Waffensystems HARM, 25 Mio. für die Umrüstung von A-310- zu Tank-Flugzeugen, weitere 45 Mio. für die Umrüstung von Airbus- zu Transportflugzeugen für Verwundete usw. usf., außerdem 50 Mio. für die Pilotenausbildung in Übersee und 16 Mio. für die Aushebung zusätzlicher Zeitsoldaten.

WAFFENBRÜDER. In diesen Tagen entscheidet der Bundessicherheitsrat über ein Milliardengeschäft mit der Türkei zur Lizenzproduktion des Kampfpanzers Leo II (Krauss-Maffei). Die Türkei plant die Anschaffung von 1000 Panzern und wollen mit der Lizenzproduktion 2004 beginnen. Es heißt, das Schäping und Müller auf die Exportgenehmigung drängen, während Fischer wegen des

möglichen Konflikts mit Griechenland zögert. Außerdem geht es im Bundessicherheitsrat um die Exportgenehmigung für 150 ausgemusterte Leo I, die gemeinsame Produktion von 2000 gepanzerten Radfahrzeugen und 145 Kampfhub-schrauber für die Türkei.

LEISTUNGSVERWEIGERUNG. Nach einer neuen Rahmenempfehlung – sie wurde von den Spitzenverbänden der Kassen in zweijähriger Beratung mit den Verbänden der Pflegedienste erarbeitet – sollen zahlreiche Leistungen der medizinischen Behandlungspflege gestrichen werden. Danach sollen alle Leistungen der Thrombose- und Dekubitus-Prophylaxe, zur Vermeidung von Kontrakturen und Pneumonie, zur aktivierenden Pflege und Mobilisation und sogar für die Verabreichung von Sondernahrung keine Regelleistung der Krankenkasse mehr sein, sondern als „Grundpflege“ eingestuft werden, für die die Pflegeversicherung zuständig ist. Das bedeutet, dass die Mehrheit der chronisch erkrankten Menschen, die zu Hause leben, der vorzeitig entlassenen Krankenhauspatienten und der von der Pflegeversicherung noch nicht anerkannten Hilfebedürftigen sowie alle Pflegegeldempfänger diese Leistung zukünftig selbst bezahlen oder aber auf sie verzichten müssen. Mehrere Pflegeverbände kündigten inzwischen an, der Neuregelung nicht zuzustimmen.

ZUGELANGT. Die Wirtschaft habe ihre im Rahmen des „Bündnisses für Arbeit“ gemachte Zusage erfüllt, sagt Schröder, und mehr Ausbildungsplätze Jahr „zur Verfügung gestellt“. Auf den ersten Blick scheint das so: Die Zahl der Ausbildungsvorträge lag am 30.9. um 25.000 höher als 1998. Tatsächlich jedoch werden 27.800 Lehrstellen bei privaten Firmen in vollem Umfang aus Steuermitteln gezahlt. Deshalb kritisiert die IG Metall, dass der „Ausbildungskonsens“ gescheitert sei.

WAS KOMMT DEMNÄCHST? Am 15.-17.10. tagt der Europäische Rat in Tampere, am 28.10. gibt die Bundesregierung dazu eine Regierungserklärung ab. Weitere TOPs am 28. im Bundestag u.a.: CDU/CSU-Antrag „Für eine umfassende multilaterale Verhandlungsrunde über die weitere Liberalisierung im Welthandel“; Gesetz zur Altersteilzeit, Strafverfahrensbeschleunigungsgesetz; Anträge der PDS zu: Besteuerung von Luxusgegenständen und Wiedererhebung der Vermögenssteuer. Am 28.10. wird u.a. in erster Lesung die FDP-Initiative zur Aufhebung des Ladenschlussgesetzes beraten; in zweiter und dritter Lesung werden verschiedene Justizreformvorschläge behandelt; zur Abstimmung steht der Antrag der PDS-Fraktion „Zügige Entschädigung für Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter und Einrichtung einer Bundesstiftung“.

Anfang Oktober beriet der Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages über zwei Anträge der PDS zur Asyl- und Flüchtlingspolitik. Der eine Antrag forderte die Abschaffung des umstrittenen „Flughafenverfahrens“ bei Asylanträgen von per Flugzeug einreisenden Flüchtlingen, der andere einen Abschiebestopp für die (vorwiegend kurdischen) Flüchtlinge aus der Türkei. Beide Anträge der PDS wurden im Rechtsausschuss mit den Stimmen der Unionsparteien, der FDP, der SPD und der Grünen abgelehnt. CDU-MdB Geis feierte diese ganz große Koalition prompt in einer Pressemitteilung als Rückkehr der rot-grünen Regierungsparteien zur „Vernunft“ in Flüchtlings- und Asylangelegenheiten, wie er sie noch aus den Zeiten der Regierung Kohl-Kanther-Kinkel kenne und schätze.

knästen sei „nach wie vor menschenunwürdig“. Die Vermeidung von Abschiebehaft sei für Rot-Grün ohnehin kein Thema, so Kauffmann weiter. Noch immer würden Menschen, die keine Straftat begangen hätten, monatelang inhaftiert, die Zahl der Verzweiflungstaten von Flüchtlingen in Abschiebehaft sei groß.

Auf erschreckend hohem Niveau sei auch noch immer die Fremdenfeindlichkeit, kritisierte der Pro-Asyl-Sprecher. Obwohl SPD und Grüne in ihrem Koalitionsvertrag vereinbart hätten, „die Bekämpfung von Rechtsextremismus zu einem Schwerpunkt zu machen“, sei davon nichts zu hören und zu sehen.

Nicht viel anders fiel die Bewertung der rot-grünen Flüchtlings- und Migrationspolitik am gleichen Tag durch den

Antwort: Keine. Im spanischen Parlament beraten die Abgeordneten derzeit über ein Gesetz, das 300.000 sogenannten „Illegalen“ in Spanien einen legalen Aufenthaltstitel verschaffen und damit Zugang zur staatlichen Gesundheitsversorgung, ihren Kindern die Möglichkeit zum Schulbesuch geben soll. Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der PDS, ob sie diesem Vorbild folgen und endlich Schritte zur Legalisierung der ca. 500.000 bis 1 Million „Illegalen“ in der Bundesrepublik ergreifen wolle: Nein. Im Gegenteil, pauschale Erteilungen von Aufenthaltserlaubnissen seien „migrationspolitisch bedenklich“, weil sie weitere unerwünschte Zuwanderungen auslösen könnten. Im übrigen verhandele man mit den Ländern über eine sog. „Altfallrege-

Ein Jahr rot-grüne Migrations- und Flüchtlingspolitik

Vom Eintreten für mehr Menschenrechte bleibt (fast) keine Spur

Bittere Bilanzen zum „Tag des Flüchtlings“

Der Vorgang ist bezeichnend für die Bilanz nach einem Jahr rot-grüner Migrations- und Flüchtlingspolitik. Wenige Tage vorher hatten amnesty international, Pro Asyl und Vertreter des Vorbereitungsausschusses für die „Woche der ausländischen Mitbürger“ bereits eine bittere Bilanz der Regierungspolitik auf diesem Feld gezogen.

Der Sprecher von Pro Asyl, Heiko Kauffmann, bilanzierte in einer Erklärung seiner Organisation zum „Tag des Flüchtlings“, dem 1. Oktober, Bundesinnenminister Otto Schily setzte „auf die Kontinuität einer Politik der Abwehr, der Ausgrenzung und der Kriminalisierung“ gegen Flüchtlinge. Die rot-grüne Koalition habe auf dem Gebiet der Asylpolitik „nur wenig versprochen und kaum etwas gehalten“. So sei eine noch in der Koalitionsvereinbarung vom vergangenen Oktober angekündigte „Altfallregelung“ für lange hier lebende Flüchtlinge und Migranten (z.B. Flüchtlinge und Kontraktarbeiter/innen aus Vietnam, Flüchtlinge aus dem früheren Jugoslawien, lange schon in der BRD lebende, durch Ablehnung ihrer Asylanträge oder durch andere Mechanismen inzwischen illegalisierte Menschen), die diesen ein dauerhaftes Bleiberecht verschaffen sollte, inzwischen „außer Sicht geraten“. Das Flughafenverfahren, dessen lange Dauer die Koalition noch bei ihrem Antritt hatte verkürzen wollen, werde in Wirklichkeit weiter verschärft. Auch Flüchtlinge, die jünger als 16 Jahre seien, sollten künftig am Frankfurter Flughafen während ihres oft mehrere Monate dauernden „Flughafenverfahrens“ interniert werden. Die Situation in den bundesdeutschen Abschiebe-

Sprecher von amnesty international, Wolfgang Grenz, aus. Bei den wenigen Punkten, die die rot-grüne Koalitionsvereinbarung enthalte, habe sich kaum etwas bewegt, kritisierte dieser. Geschlechtsspezifische Verfolgung sei weiter kein Asylgrund, noch immer erkenne das deutsche Asylrecht nur politische Verfolgung durch Staaten oder staatsähnliche Organisationen als Asylgrund an. „Diese Position stehe im Widerspruch zum internationalen Flüchtlingsrecht und zur Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte“, so Grenz.

BRD weiter EU-weit in der Bremsrolle

Auch im europäischen Umfeld ist die Bundesrepublik unter der rot-grünen Regierung in der Migrations- und Flüchtlingspolitik wie schon ihrer Vorgängerregierung immer, wenn es um eine Verbesserung der Situation von Flüchtlingen und Migranten, in der Rolle des Bremsers. Mehr noch: Innenminister Schily und seine Behörden stehen weiter an vorderster Front, wenn es um die Abschottung der EU gegen Flüchtlinge und um die Verfolgung von Migranten geht.

Auch Kritiken aus anderen EU-Ländern röhren die Regierung nicht. Als ein britisches Gericht kürzlich urteilte, die BRD sei für Flüchtlinge, die vor nicht-staatlicher Verfolgung fliehen (z.B. vor den afghanischen Taliban), „kein sicheres Drittland“, fragte die PDS-Abgeordnete Jelpke die Bundesregierung in einer kleinen Anfrage, welche Konsequenzen die Bundesregierung aus dieser Kritik ziehe.



Tausende sitzen, wie hier in Norderstedt, in Abschiebehaft – an dieser Menschenrechtsverletzung hat auch Rot-Grün nichts geändert

lung“ (siehe oben). Eine Legalisierung wie in Frankreich, wo nach einer Initiative der Regierung Jospin inzwischen 800.000 sog. „Sans papiers“ – Menschen ohne legale Aufenthaltspapiere – einen legalen Aufenthaltsstatus erhalten haben und weitere 700.000 solche Papiere noch erhalten sollen, ist der rot-grünen Bundesregierung offensichtlich ein Gräuelt.

Worauf die Flüchtlingspolitik unter Rot-Grün stattdessen hinzielt, macht derweil Innenminister Schily deutlich. Mit seinen wiederholten öffentlichen Aufrufen, alle vietnamesischen Flüchtlinge, alle Flüchtlinge aus dem früheren Jugoslawien, aus dem Kosovo usw. müssten die Bundesrepublik wieder verlassen, „notfalls mit Gewalt“, bemüht er sich offensichtlich um einen Spitzenplatz in der Öffentlichkeit bei „Ausländer-raus“-Kampagnen. Mit seinen EU-Kollegen will der Minister den Kampf gegen „illegalen Wanderungen“ weiter verschärfen und an-



scheinend sogar den Bundesnachrichtendienst dafür einspannen. Obwohl die Aufgaben des BND per Gesetz auf Auslandsespionage begrenzt sind, redet Schily Ende Oktober in Pullach auf einem Seminar des BND über die weltweiten Gefahren von „illegalen Wanderungen“.

Humanität im Umgang mit menschlichem Leid, Solidarität und Hilfe für die Flüchtlinge in Not – solche Grundsätze finden auch unter Rot-Grün keinen Eingang ins Regierungshandeln.

Staatsbürgerschaft: Ein folgenloses „Reformchen“ ...

Nicht viel besser sieht es bei der von Rot-Grün erst groß angekündigten, dann unter dem Druck der rassistischen Kampagne der Unionsparteien weitgehend zurückgezogenen „Reform des Staatsbürgerschaftsrechts“ aus. Das völkische Blutsrecht ist weiter uneingeschränkt in Kraft, wenngleich – wie schon vorher – aus politisch-taktischen Gründen nur auf Staaten des früheren „Ostblocks“ begrenzt.

Wer in einem dieser Staaten lebt und einen arischen Großvater so detailliert nachweisen kann, dass der bundesdeutsche Beamte ihm glaubt, hat auch in Zukunft Anspruch auf sofortige Erteilung der deutschen Staatsbürgerschaft. Ausgenommen davon sind selbstverständlich solche „Volksdeutsche“, denen (analog den Regelungen zur früheren DDR) „Regimenehme“ vorzuwerfen ist, die also z.B. in der früheren Sowjetunion Mitglied, womöglich sogar führendes Mitglied der Kommunistischen Partei waren. Denen wird die deutsche Staatsbürgerschaft weiter verweigert, egal wie viel „deutsches Blut“ angeblich in ihren Adern fließt. Artikel 116 GG, Bundesvertriebenengesetz und das „Kriegsfolgenbereinigungsgesetz“, alle unverändert, machen all das ebenso weiter möglich.

... mit eingebautem Rückwärtsgang

Welche Folgen das im Sommer verabschiedete „Reformchen“ von Rot-Grün im Staatsbürgerschaftsrecht dagegen für die hier lebenden über 8 Millionen Migrantinnen und Migranten haben wird, ist weiter offen. Bis heute haben sich Bund und Länder noch nicht auf die Ausführungsvorschriften geeinigt, die regeln sollen, wie die im „neuen“ Staatsbürgerschaftsrecht vorgesehene Überprüfung der Verfassungstreue und der Sprachkenntnisse von Migrantinnen und Migranten geschehen soll, die dem Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft vorgesetzt sind. Bayern hat, unterstützt von Baden-Württemberg, inzwischen eigene Veraltungsvorschriften ausgearbeitet, die ein obligatorisches Diktat und eine „standardisierte Prüfung“ über die Fd-GO. Zu befürchten ist, dass allgemein am Ende eine weitere Ausdehnung der Geheimdienstschärferei der Geheimdienste und eine neue „Regelanfrage“ beim Verfassungsschutz – ähnlich wie früher bei den Berufsverboten – herauskommen

wird. Schon im Sommer hatten Bürgerrechtler wie der Geheimdienstkritiker Rolf Gössner darauf hingewiesen, dass Nichtdeutsche schon heute etwa 20 mal so oft von den Ämtern für Verfassungsschutz erfasst werden wie Deutsche. Künftig dürfte diese Zahl noch höher liegen. Da sich die Mehrheiten im Bundesrat derzeit bei jeder Wahl weiter nach rechts verschieben, ist zu befürchten, dass am Ende diese Verwaltungsvorschriften noch restriktiver sein werden, als sie vor der Reform von Rot-Grün jemals waren. Zu Recht befürchten deshalb Migrantinnen und Migranten, dass das neue Staatsbürgerschaftsrecht am Ende für alle erwachsenen Personen keine Erleichterung beim Erwerb der deutschen Staatsbürgerschaft, sondern eine Erschwerung werden wird.

Zynismus und Demagogie der Union, Untätigkeit von Rot-Grün

Geradezu zynisch mutet es unter diesen Umständen an, dass ausgerechnet der NRW-Landesvorsitzender der CDU, Rüttgers, in der Debatte um den Etat des Innenministers Schily im September im Bundestag demagogisch fragen konnte: „Herr Schily, wo bleiben in Ihrem Etat die Mittel zur Verbesserung der Integration?“ Schily reagierte auf diese Frage zwar erbost und aufgereggt, aber, und das ist bezeichnend für die Politik von Rot-Grün, faktisch hatte Rüttgers sogar recht. Gera-de 1 Million DM hat Schily in seinem Etat im nächsten Jahr für Projekte zur Verbesserung der Integration von Ausländern bereitgestellt. Gleichzeitig werden im Etat des Kanzlersamts sogar die Mittel für „kulturelle Belange fremder Volksgruppen“ um 2,5 Millionen DM, von 6,1 Mio. DM in 1999 auf 3,6 Mio. DM in 2000, verringert. Nicht besser sieht es im Haushalt der rot-grünen Bundesregierung auf dem Gebiet der Bekämpfung von Rechtsextremismus, Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit aus. Ganze 3 Millionen DM will die Regierung dafür im kommenden Jahr ausgeben. Zum Vergleich: Der Kosovo-Krieg und die nachfolgende Besetzung des Kosovo kostete schon jetzt über 1 Milliarde DM; der revanchistische Vertriebenenverband und seine Umfeldorganisationen, Museen etc. mit ihren notorischen Verbindungen ins rechtsextreme Lager erhalten auch im kommenden Jahr aus diversen Titeln im rot-grünen Bundeshaushalt wieder zusammengerechnet weit über 100 Millionen DM.

Die PDS hat zwar beantragt, die Mittel für die Vertriebenenverbände binnen zwei Jahren zu streichen und die für die Bekämpfung von Antisemitismus, Fremdenfeindlichkeit und Rechtsextremismus mehr als zu verdoppeln. Aber solche Anträge werden sicher von der ganz großen Koalition von CDU/CSU, FDP und Rot-Grün im Innen- und Rechtsausschuss des Bundestages wieder abgelehnt werden. Von einem auch nur partiellen Zusammensehen von Rot-Grün mit der PDS kann in der Migrations- und Flüchtlings-

politik oder im Kampf gegen Rechtsextremismus, Antisemitismus und Revanchismus nicht die Rede sein.

Migrantenvverbände: Enttäuscht, deprimiert ...

Kein Wunder, dass die Stimmung unter den MigrantInnen und ihren Organisationen deprimiert ist. Die ganz große Mehrheit der etwa 1 bis 1,5 Millionen MigrantInnen, die im Besitz einer deutschen Staatsbürgerschaft sind, hatte bei den letzten Bundestagswahlen Rot-Grün gewählt. Knapp ein halbes Jahr später, im Frühsommer, hatten dann z.B. türkische Organisationen bei der Diskussion um die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts die rot-grüne Regierung bereits zu Recht heftig angegriffen. Sie waren noch nicht einmal zu den Anhörungen über die Reform des Staatsbürgerschaftsrechts eingeladen worden, geschweige dass ihre Kritikpunkte an der mangelhaften und halbherzigen Reformvorlage der Regierung aufgegriffen und befolgt wurden. Stattdessen waren die Regierungsparteien nur noch besorgt, ihren Gesetzentwurf gegen die aus CDU/CSU-Kreisen angedrohte Verfassungsklage „dicht“ zu machen – faktisch also immer restriktiver.

Was das gesellschaftspolitische Umfeld angeht, hatten schon die Wandlungsstatistiken des Statistischen Bundesamtes deutlich gemacht, wie der Wind weht: Erstmals seit Blüms „Rückkehrhilfegesetz“ aus den Anfangsjahren der Regierung Kohl verließen 1997 und 1998 wieder mehr Ausländer die Bundesrepublik, als im gleichen Zeitraum einreisten. Zu den unter „Auswanderung von Ausländern“ erfassten Personen gehörten Flüchtlinge, die nach Ablehnung ihrer Asylanträge wieder gewaltsam abgeschoben wurden, und ältere MigrantInnen, die nach einem langen Arbeitsleben in deutschen Fabriken ihre Hoffnungen auf einen ruhigen und friedlichen Lebensabend aufgegeben hatten und wieder in ihre Herkunftsländer zurückkreisten.

... aber auch Widerstand

Dass dieser anhaltende rassistische „Mainstream“ der bundesdeutschen Politik aber nicht nur Enttäuschungen und Deprimierung erzeugt, sondern weiter auf Widerstand stößt, zeigt die wachsende Zahl von Migrantinnen und Migranten, die in letzter Zeit ihre politische Arbeit in und bei der PDS verstärken. Auch aus den Gewerkschaften ist wieder vermehrt Protest zu vernehmen – gegen die Nachgiebigkeit, die Untätigkeit und vor allem gegen die brutale Fortsetzung der Kantherschen Flüchtlings- und Migrationspolitik durch Rot-Grün. Vielleicht gelingt es diesen Kräften und den vielen jungen Migrantinnen und Migranten, die ihre Diskriminierung und Isolierung nicht hinnehmen wollen, in naher Zukunft einen neuen Anlauf für die Abschaffung der rassistischen Ausländer- und Asylgesetze dieses Landes und gegen den herrschenden Rassismus zu organisieren. *ruil*

Kampagne beschlossen

„Kindergeld zusätzlich zur Sozialhilfe!“



Am 23./24. September beschlossen auf einem Treffen in Frankfurt, zu dem die Bundesarbeitsgemeinschaft der Sozialhilfeinitiativen (BAG SHI) eingeladen hatte, Vertreter der BAG, des Verbands alleinerziehender Mütter und Väter, der Caritas, der LAG Elterinitiativen Nds. / Bremen, des Deutschen Arbeitskreises für Familienhilfe und der IG Metall eine Kampagne „Mehr Geld für Kinder im Sozialhilfebezug!“ Weitere Verbände haben ebenfalls Interesse an einer Beteiligung geäußert. Inzwischen hat zwar die Regierung aufgrund nachhaltiger Proteste mitgeteilt, dass die Erhöhung des Kindergeldes zum 1.1.2000 in Höhe von DM nun doch nicht auf die Sozialhilfe angerechnet wird, doch das macht die Kampagne nicht gegenstandslos. Wir dokumentieren im Folgenden auszugsweise ein von der Arbeitslosenzeitung quer erstelltes Flugblatt zur Unterstützung dieser Kampagne. Red.

Haben Sie gewusst, dass Kinder, die von Sozialhilfe leben müssen, zur Zeit nur Anspruch haben auf (Beispiele aus Niedersachsen...)

- einen Tagessatz für Ernährung von 4,50 Mark für ein 6-jähriges Kind, wobei schon das Mittagessen im Kindergarten oft 4,50 Mark kostet, und 5,85 Mark für ein 13-jähriges Kind, wobei allein das Mittagessen in Ganztagsschulen ... bereits 5,80 Mark kostet
- ein Weihnachtsgeschenk in Höhe von 17 Mark
- eine minimale Erhöhung des Regelsatzes (das ist der Geldbetrag, der für Ernährung und alle weiteren Dinge des Alltags außer Miete und Kleidung reichen muss) innerhalb von 4 Jahren (1.1.96 bis Ende 1999) von: 263 Mark auf 274 Mark, also 11 Mark mehr für ein 6-jähriges Kind, und 342 Mark auf 356 Mark, also 16 Mark mehr für ein 13-jähriges Kind.

Haben Sie gewusst, dass Kinder, die von Sozialhilfe leben müssen, keinen Anspruch haben auf:

- Geschenke zum Geburtstag
- eine Geburtstagsfeier
- Spielzeug
- Fußballschuhe, Inline-Skater o. Schlittschuhe
- Mitgliedsbeiträge in Sportvereinen
- Musikinstrumente und -unterricht
- Nachhilfeunterricht
- Fahrrad, Dreirad, bobby-car, Roller
- Ferien-

reise • PC, CD-Spieler, Walkman (...)

Haben Sie gewusst, dass Kindern, die von Sozialhilfe leben müssen, das Kindergeld von der Sozialhilfe abgezogen wird?

Bei der Berechnung der Sozialhilfe werden eigenes Einkommen und Sozialleistungen gegeneinander aufgerechnet. SozialhilfebezieherInnen wird das Kindergeld damit in voller Höhe von der Sozialhilfe abgezogen.

Seit Anfang 1996 ist das Kindergeld für das 1. Kind von 70 Mark bis auf 250 Mark heute gestiegen. Für das 1. Kind stehen also 180 Mark mehr zur Verfügung. Das Kindergeld und die genannten Erhöhungen haben alle (kindergeldberechtigten) Eltern zusätzlich zu ihrem Einkommen erhalten, also auch Einkommensmillionäre. Im selben Zeitraum erhöhte sich der Sozialhilfe-Regelsatz eines z.B. 6-jährigen Kindes in Niedersachsen von 264 Mark auf 274 Mark. Für den Lebensunterhalt des Kindes stehen somit ganze 11 Mark mehr zur Verfügung! Im Vergleich zu den Kindergelderhöhungen ist das ein Hohn!

Die Gerichte tun was für die Familien ... solange sie nicht Sozialhilfe beziehen!

Wie sehr mit zweierlei Maß gemessen wird, ist auch aus einem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts aus dem Jahre 1985 abzulesen. Das Kindergeld diene – genau wie die Sozialhilfe – der Sicherung des Lebensunterhalts und sei nicht „als Prämie für das Haben von Kinder zu begreifen“. Und da beide Leistungen nach dieser Logik demselben Zweck dienen, darf die Sozialhilfe um das bezogene Kindergeld gekürzt werden (nach dem Motto: doppelt gezahlt wird nicht!). Dagegen steht jedem einkommensstarken Haushalt das Kindergeld zusätzlich zu – und erfüllt dort genau die Funktion einer Prämie.

„Sternstunden für die Familien“?

Mit zwei Urteilen aus dem Jahr 1990 verpflichtete das Bundesverfassungsgericht den Gesetzgeber, das Kindergeldrecht zu ändern. Hintergrund war dabei nicht, einkommensschwache Familien besser zu stellen, sondern es ging um „Steuerge-

rechtigkeit“ zwischen Steuerpflichtigen mit Kindern und Steuerpflichtigen ohne Kinder.

Daran hat sich auch durch die neuen Familienentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts nichts geändert, selbst wenn in der Presse „Sternstunden für die Familien“ vorausgesagt wurden. Das Bundesverfassungsgericht setzt sich in seinen Entscheidungen mit keinem Sternbzwörchen mit den Belangen von sozialhilfebeziehenden Kindern auseinander. (...)

Förderung und Entlastung von Familien im Sozialhilfebezug findet nicht statt: Eltern von einer Million sozialhilfebeziehenden Kindern gehen leer aus, während vor allem ca. zehn Prozent Besserverdiende bereits jetzt profitieren. Denn deren Steuerersparnis steigt durch die gerichtlich erzwungenen höheren Kinderfreibeträge mit dem Einkommen. Die monatliche Steuerersparnis beträgt derzeit ab einem zu versteuernden Jahreseinkommen von 200.000 Mark pro Kind ca. 316 Mark und liegt damit deutlich höher als das ausgezahlte Kindergeld.

Durch die neuen Entscheidungen des Gerichts werden weitere Entlastungen von Familien angemahnt, entweder durch weitere Steuerfreibeträge (z.B. für Kinderbetreuung) oder durch höheres Kindergeld. Von weiteren Steuerfreibeträgen haben aber nur die Topverdiener einen Gewinn, alle anderen, auch Niedrigverdiener, erhalten dadurch keine oder nur geringe Entlastung. (...)

Bundesweit fordern wir weiterhin die Verbesserung der Lebenssituation von sozialhilfebeziehenden Kindern: *Keine Anrechnung von Kindergeld auf die Sozialhilfe!*

Von vornehmerein vom Kindergeldbezug ausgeschlossen sind übrigens alle Kinder, deren Familien einen unsicheren Aufenthaltsstatus in der Bundesrepublik haben, z.B. Flüchtlinge aus dem Kosovo. Hier wird eine Gruppe von Kindern per Gesetz ausgeschlossen, die Kindergeld – auch zur Integration in Schule und Nachbarschaft – dringend nötig hätte und die bekanntermaßen sowieso nicht gerade mit Reichtum gesegnet ist.

Deshalb fordern wir: Zahlung von Kindergeld an alle Kinder, die hier leben, unabhängig von Nationalität und Aufenthaltsstatus!

Städte und Gemeinden sparen auf Kosten von Kindern

(...) Da die Kommunen die Sozialhilfe auszahlen, sind sie auch die Nutznießer der Kindergelderhöhungen: Durch die Anrechnung des Kindergeldes auf die Sozialhilfe verringern sich nämlich die Sozialhilfeausgaben der Kommunen.

Sogenannte „Einmalige Beihilfe“ (z.B. Geld für ein Kinderfahrrad oder für Spielzeug) könnten aber im Rahmen der Sozialhilfe von Städten und Gemeinden wesentlich großzügiger gewährt werden. Die politische Umsetzung kann hier sehr zügig geschehen, weil kein Gesetzge-

bungsverfahren notwendig ist.

Wir wollen, dass die Sozialausschüsse der Städte und Gemeinden die Verwaltungen auffordern zu berichten, wie viel Sozialhilfe durch die Kindergeld erhöhungen im Zeitraum 1996 bis 1999 eingespart wurde. Gleichzeitig sollen die Verwaltungen und politisch Verantwortlichen aufgefordert werden zu berichten, welche Maßnahmepakete zur Verbesserung der Lebenssituation von Kindern im Sozialhilfesbezug angesichts dieser Einsparungen in die Wege geleitet wurden.

Wenn diesbezüglich bis jetzt nichts geschehen ist, müssen sich Städte und Gemeinden den Vorwurf gefallen lassen, ihre Sozialhaushalte in großem Ausmaß auf Kosten von Kindern zu sanieren! Nur durch massive öffentliche Kritik an diesem Verhalten kann Handlungsdruck erzeugt werden!

Solange sozialhilfebeziehende Kinder nicht vom Kindergeld und nicht von den Erhöhungen profitieren, sollen die Kommunen die eingesparten Gelder für sofortige Ausgleichsmaßnahmen bereitstellen. Dies könnte zum Beispiel so aussehen:

- Erhöhung der meist viel zu niedrigen Bekleidungsgeldpauschalen – Expertenempfehlungen liegen vor;
- Erhöhung der meist viel zu niedrigen Schulmaterialienpauschalen (z.B. Niedersachsen: 40 Mark für ein ganzes Schuljahr);
- Bewilligung von Kinderfahrrädern;
- Übernahme von Nachhilfeunterricht, wo dies nicht schon in ausreichendem Maße geschieht;
- Bewilligung von Spielzeug;
- Sozialpässe zum kostenlosen Besuch von Schwimmbädern, Museen, Sport- und Kulturveranstaltungen und zur kostenlosen Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel. Diese Aufzählung kann und soll natürlich erweitert werden. Wir fordern Städte und Gemeinden auf:

Kindergeld hat nichts in kommunalen Kassen zu suchen! Gebt den Kindern das auf ihre Kosten eingesparte Geld zurück!

Auf Bundesebene bleibt das Ziel: Keine Anrechnung des Kindergeldes auf die Sozialhilfe

Konzerne wollen sich billig freikaufen

Elende Entschädigung für Zwangsarbeiter

Mit 6 Mrd. DM sollen die noch lebenden NS-Zwangsarbeiter abgespeist werden. Für die in KZ-Zwangsarbeiter würde dies einen Betrag von 10.000 DM ausmachen, für die anderen Zwangsarbeiter sogar nur 2.000 bis 4.000 DM. „Würdig“ nannte Kanzler Schröder den Betrag, den sich Industrie (4 Mrd.) und Regierung (2 Mrd.) teilen. 6 Mrd. oder keinen



In mehreren Städten, hier München, demonstrierte die PDS für sofortige Entschädigung

Pfennig, so waren Lambsdorff und die Seinen nach Herrenmenschenart in die Verhandlungen gegangen, und dabei sind sie bisher geblieben. Mit den 6 Mrd. wollen die Unternehmen außerdem jeden Rechtsanspruch gegen sich ein für allemaal vom Tisch bekommen, einschließlich der Ansprüche aus der Enteignung jüdischen Eigentums. Obwohl Forderungen in Höhe mehrerer Milliarden begründet sind, soll dieser ganze Komplex mit 600 Mio. DM „erledigt“ werden.

Der Weltkongress der Orthodoxen Jüdischen Gemeinden hat weitere Verhandlungen als sinnlos bezeichnet und rechtliche Schritte angekündigt. Auch bei anderen jüdischen Organisationen und Verbänden der NS-Opfer und ihren Anwälten ist die Ablehnung der „Entschädigung“ einhellig. Mit großen Anzeigen in US-Zeitungen greifen sie Konzerne an, die durch die Ausbeutung von NS-Zwangsarbeitern riesiges Kapital aufhäuften. Dies kann durchaus Wirkung zeigen, da die großen Konzerne als „global players“ durch Boykottaufrufe empfindlich zu treffen sind. Anwälte kündigten an, dass sie die Bilanzen und Gewinne der Konzerne veröffentlichen und damit beweisen werden, dass diese weit höhere Summen aufbringen können als die 4 Mrd., die sie als „äußerstes“ bezeichnen (und die sie außerdem noch von der Steuer absetzen können!).

Ein Problem ist auch, dass bisher lediglich 16 Konzerne fest zugesagt haben, in die Stiftung zu zahlen, weitere 19 sind „im Gespräch“. Organisationen ehemaliger Zwangsarbeiter haben Listen mit ca. 2000 Firmen aufgestellt, die sich bisher zu keiner Form von „Entschädigung“ durchringen konnten. Auf der Seite der Täter fehlt es allein am Willen.

Der Münchener Anwalt Michael Witti verwies z.B. auf ein rechtskräftiges Urteil in Heidenheim, bei dem ein Gericht entschied, dass ein Zwangsarbeiter 15.000 DM bekommt, nicht als „Entschädigung“, sondern als Zahlung nicht ausgezahlter Löhne und Versicherungsleistungen. Nähme man diese 15.000 DM als – untersten – Maßstab, käme man auf jeden Fall auf einen zweistelligen Milliardenbetrag. Ulrich Sander, Sprecher der VVN/BdA, fordert, dass noch in diesem Jahr mindestens 10.000 DM pro Person ausgezahlt werden müssen. scc

Türkei

Massaker an politischen Gefangenen

Nach einem Massaker türkischer Sicherheitskräfte im Geschlossenen Zentralgefängnis von Ankara, bei dem mindestens zehn politische Gefangene – z.T. furchtbar zugerichtet – getötet und eine große Anzahl verletzt wurden, hatten politische Gefangene in mehreren türkischen Gefängnissen Gefängnispersonal als Geiseln genommen, Zählpappelle verweigert, Gefängnistakte besetzt. Am 1. Oktober beendeten sie ihre Revolte, nachdem Gespräche zwischen der Zentralen Gefängnis-Koordination der politischen Gefangenen und Vertretern des Justizministeriums in Anwesenheit von Vertretern der Istanbuler Anwaltskammer zu einem Ergebnis geführt hatten (siehe Kasten).

– Wir dokumentieren die Erklärung der Zentralen Gefängnis-Koordination zum Massaker und seinen Hintergründen. (Red.)

Auch die Lügen der Verantwortlichen des Massakers können ihre Verbrechen nicht vertuschen

Der Staat, der im Gefängnis Ulucanlar zehn unserer Genossen ermordet und Dutzende schwer verletzt hat, verbreitet unter dem Eindruck seiner Schuld in Panik Lügen. Seine Behauptungen, er hätte den Angriff deshalb durchgeführt, weil die Gefangenen einen Tunnel gegraben, Durchsuchungen verweigert und geschossen hätten u.ä., sind nichts als Lügen.

Im Gefängnis Ulucanlar waren die für 40 Menschen vorgesehenen Großzellen mit 120 Gefangenen belegt. Die Gefan-

Die Übereinkunft:

1. Die Behandlung der Verletzten wird in Anwesenheit ihrer Anwälte durchgeführt; die Verletzten können mit ihren Angehörigen und Anwälten sprechen.
2. Unter Beteiligung der Anwaltskammer Istanbul und demokratischer Organisationen wird eine Untersuchung des Massakers im Gefängnis von Ankara durchgeführt.
3. Die Verlegung von Gefangenen nach dem Massaker wird zumindest teilweise rückgängig gemacht.
4. Die Autopsie der Ermordeten wird in Anwesenheit der Anwälte wiederholt.
5. Für die strafrechtliche Verfolgung der für das Massaker Verantwortlichen erhebliche Beweismittel wie Fotos, Autopsieberichte etc. den Anwälten übergeben.

(nach: Rechtsbüro des Volkes, Istanbul)

genen forderten deshalb seit fast einem Jahr von der Verwaltung einen neuen Block. Doch ihre Forderung wurde immer wieder unter Vorwänden abgelehnt, obwohl die Möglichkeiten der Lösung des Problems der Überbelegung vorhanden waren. Als die Gefangenen nach 10 Monaten währenden Versuchen, die Probleme über einen Dialog zu lösen, und trotz sehr umsichtigen Verhaltens immer noch keine Anzeichen für den Willen einer Lösung sahen, besetzten sie schließlich am 2. September 99 den Block Nr. 7. Daraufhin begann die Gefängnisleitung selbst, die Gefangenen nicht mehr zum Zählappell zu holen und mit Bestrafungsaktionen wie Absperren des Wassers, Besuchsverboten und Abweisen von für die Gefangenen abgegebenen Lebensmitteln.

Wir, die wir aus unserer Gefängniserfahrung wissen, dass solche Maßnahmen erste Vorzeichen eines geplanten Massakers sind, haben daher seit ca. drei Wochen, genau seit dem 13. September, versucht, ein Massaker abzuwenden, indem wir uns an die Gefängnisdirektion von Bayrampasa und an die Oberstaatsanwaltschaft Istanbul wandten. Allerdings wurden unsere Anträge auf Gespräche mit diesen Stellen abgewiesen. Wir haben schriftlich wie mündlich erklärt, dass wir dazu bereit sind, den besetzten Block zu räumen unter der Bedingung, dass uns das Wort gegeben wird, dass sich die Zustände nach der zu erwartenden Amnestie bessern und die Situation sich normalisieren wird. Weiter haben wir erklärt, dass die derzeitigen Entwicklungen ungut sind, und davor gewarnt, dass sich ein geplantes Massaker abzeichnet. Trotz unseres Insistierens bekamen wir keine Antwort. Wir bekamen immer nur zu hören, die Sache sei „an die zuständigen Stellen weitergeleitet worden“.

Jetzt sagen sie zu uns, „die Toten sind nun mal tot, lasst uns die Geschichte vergessen“. Sie wollen die Sache zu den Akten legen ohne Ermittlungen über die Verantwortlichen und Schuldigen, die sie

auf diese Weise reinwaschen wollen. Wie oft haben wir es schon erlebt, dass die Verantwortlichen von Massakern und die Folterer auf diese Weise von jeder Schuld reingewaschen wurden! Heute, wo so viel große Worte über Menschenrechte und Demokratie gespuckt werden, ist es nicht nur unsere Aufgabe, sondern auch die Aufgabe der demokratischen Öffentlichkeit und der Presse, dies nicht zulassen.

Wir fragen diejenigen, die keine Mühe scheuen, die Ansprüche der Bandenmitglieder (Übers.: gemeint sind hier ebenfalls dort inhaftierte Mafiamänner, die im Rahmen der Konterguerilla-Aktivitäten eng mit den höchsten Staatsvertretern verbunden sind) nach Waffen, Telefone, Drogen u.v.m. zu erfüllen, weil jeder Wunsch dieser Bandenmitglieder ihnen als Befehl gilt:

- Warum wurde das Problem der Überbelegung über ein Jahr lang nicht gelöst?
- Warum wurde uns nicht das Wort gegeben, dass das Problem der Überbelegung nach der Amnestie gelöst werden wird?
- Warum wurde eine Operation mit Maschinengewehren gegen Gefangene unternommen, die keine andere Waffen haben als ihre Probleme, ihren nackten Körper und ein paar abgebrochene Holzstücke? Welches Ziel wird damit verfolgt, einen Kugelhagel hunderter Kugeln in eine Zelle zu schießen, in der sich über 50 Menschen befanden?

Lasst nicht zu, dass die Täter dieses Massakers sich selbst reinwaschen können. Macht Euch nicht zu Komplizen. Rückt den Tätern dieses Massakers auf die Pelle.

Was wollen wir? Warum setzen wir unsere Aktionen fort?

Wir wollen, dass diese Wahrheit veröffentlicht wird. Wir wollen, dass die Täter des Massakers zur Rechenschaft gezogen werden. Wir wollen, dass veröffentlicht wird, dass die Behauptungen, es sei ein Tunnel entdeckt worden, die Gefangenen hätten geschossen, hätten Durchsuchungen verweigert, hätten eine Amnestie gefordert, ein Hauptmann und Soldaten

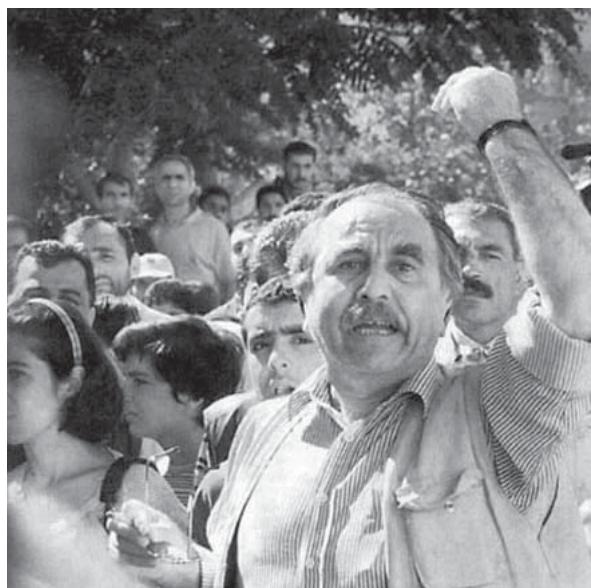
hätten Schussverletzungen gehabt und ähnliche Behauptungen Lügen sind. Wir wollen, dass der wahre Grund für das Massaker veröffentlicht wird, nämlich, wie es Bülent Ecevit auch formuliert hat, dass es darum ging, die Bedingungen für die Einführung der Isolationszellen vorzubereiten.

Wir wollen, dass die medizinische Behandlung der Verletzten nicht behindert wird. Wir haben vorher mehrmals erleben müssen, wie durch die Methode der Behinderung medizinischer Behandlung Gefangene bewusst in den Tod geschickt wurden. Wir wollen keine erneuten verdeckten Massaker mehr zulassen und fordern deshalb Behandlung unter Kontrolle der Ärztekammer, des Menschenrechtsvereins IHD, der Anwaltskammer und unserer Anwälte.

Wir wollen, dass die Verantwortung für das Massaker übernommen wird. Die Täter dieses Massakers sollen aufgedeckt und Ermittlungsverfahren gegen sie eingeleitet werden. Der Menschenrechtsverein IHD, der Verband fortschrittlicher Juristen, die Anwaltskammer und unsere Anwälte sollen bei den im Gefängnis Ankara durchzuführenden Ermittlungen und Untersuchungen dabei sein.

Wir wollen, dass unsere aus Ulucanlar zwangsverlegten Freunde zurückgebracht werden und sich das Leben dort wieder normalisiert. Ein Verantwortlicher des Justizministeriums soll eine öffentliche Erklärung zu diesen unseren Forderungen abgeben. Die Vorbereitungen zu Massakern in einer Reihe von Gefängnissen müssen aufhören. Die einfachen und leicht zu lösenden Probleme sollen gelöst werden.

Das, was passiert ist, war ganz klar ein Schritt für Schritt vorbereitetes geplantes Massaker. Die Verantwortlichen für dieses Massaker können die Wahrheit und ihre Schuld nicht durch ihre Lügen verschleiern. Die Verantwortlichen und Täter dieses Massakers müssen auf jeden Fall zur Rechenschaft gezogen werden. Das ist unser kollektiver Schwur.



Links: Verletzte werden abtransportiert. Ihre medizinische Versorgung ist nicht gesichert, ihre Unverehrtheit in den Händen der Sicherheitskräfte mehr als fraglich.

Rechts: Voll Sorge und Zorn versammeln sich Angehörige vor dem Ulucan-Gefängnis in Ankara. Mehrfach verhafteten Sicherheitskräfte Angehörige und Anwälte, u.a. während der Beerdigung eines Getöteten.

Entwicklung verbaut, Deutsch-Mark profitiert

Die Deutsche Telekom hat ihren schwedischen Mitbewerber ausgestochen und in diesen Tagen einen 35%-Anteil am bisher staatlichen kroatischen Telekommunikationsunternehmen HAT übernommen. Die Teilübernahme wirft ein bezeichnendes Licht auf die tiefe Krise der kroatischen Wirtschaft und Staatsfinanzen. Der Traum, durch die gewaltsame Lostrennung von Jugoslawien und den Anschluss an den EU-Großwirtschaftsraum die eigene Entwicklung zu befördern, hat sich bei näherer Beobachtung in einen Albtraum verwandelt.

Was hat die kroatische Regierung nicht alles unternommen! Sie hat das Gesellschaftsrecht, das Zivil-, das Bank-, Notariats- und Arbeitsrecht durch weitgehend – wörtliche! – Übernahme des deutschen Rechts umgestaltet. Mit Ausnahmen, die Kroatien für ausländische Investoren attraktiver machen sollten: Z.B. gibt es praktisch keinen Kündigungsschutz für Arbeitnehmer. Sie hat alle einschränkenden Gesetze für ausländische Investitionen abgeschafft und ausländische Personen Inländern nicht nur gleichgestellt, sondern sie privilegiert. D.h. dass ausländische Firmen ihre Gewinne nicht nur unbeschränkt transferieren können, sondern z.B. auch die für die Produktion benötigten Waren zollfrei einführen können. Sie hat – „mit deutscher Unterstützung“ (*Handelsblatt* 1.4.99) – einen der europaweit niedrigsten Gewinnsteuersätze eingeführt, der durch verschiedene Maßnahmen bis auf 0 reduziert werden kann. Das alles hat zwar Investoren angezogen – die seit 1993 getätigten Auslandsinvestitionen liegen bei rund 2,2 Mrd. \$ und konzentrieren sich auf den Bereich der Pharma- und Zementindustrie und das Bankenwesen –, aber nicht zur erhofften Entwicklung geführt. Die industrielle Produktion ist eingebrochen und lag im August bei lediglich 91% des Vorjahrs. Die Arbeitslosigkeit steigt ständig und liegt z.Zt. bei – amtlich heruntergerechneten – 18,9%.

Durch die Zerschneidung der traditionellen Wirtschaftsbeziehungen brachen die alten Absatzfelder für kroatische Produkte, v.a. in den anderen Regionen des früheren Jugoslawiens, weg, großteils ersatzlos. Folge ist ein katastrophales Handelsbilanzdefizit, das schon 1998 auf nahezu das Doppelte der Währungsreserven angewachsen war und in diesem Jahr in Folge des NATO-Eroberungskrieges gegen Jugoslawien noch höher liegen dürfte.

Besonders teuer kommt Kroatien die Anbindung der Landeswährung Kuna an die D-Mark. Fachleute rechnen damit, dass bis Ende Oktober die nötigen Devisen für die Stützkäufe, mit denen der Kuna-Kurs gehalten wird, ausgehen und die

Kuna den freien Fall antritt. Hart getroffen sind dann vor allem die zunehmend verschuldeten Privathaushalte; deren Kredite sind in der Regel direkt an die D-Mark gebunden, so dass ihre Schulden beim Kursverfall der Kuna faktisch unbelzahlbar werden.

In dieser Situation schlägt die Regierung den Kurs ein, die letzten staatlichen Unternehmen zu verscherbeln, neben der HAT werden die größte Versicherung, drei Banken und der staatliche Mineralölkonzern zum Verkauf geboten, und sich außerdem im ausländischen Kreditmarkt zu verschulden. Um sich bis zum Verkauf der HAT über die Runden zu retten, hatte sie bei der Dresdner Bank einen 350-Mio.-Kredit aufgenommen – der Erlös aus der Teilprivatisierung ist damit verbraucht, noch bevor er überhaupt über die Bühne ging. Und was, wenn alles verkauft ist? scc

Österreich nach den Wahlen

Der linke Platz bleibt leer

Österreich hat gewählt. Die Freiheitlichen sind noch mehr vorneweg als eh schon, und ÖVP und SPÖ hecheln noch bemüht hinterher als bekanntmaßen. Wahlpolitische Umbrüche – und einen solchen erlebte Österreich am 3. Oktober – kommen nicht von heute auf morgen, sondern sie markieren langfristige und auch absehbare Veränderungen im Bewusstsein der Bevölkerung. 16% trennten 1995 noch die SPÖ von der FPÖ, heute sind es nur mehr schmale 6%. Jeder 2. Arbeiter und jeder 3. Unter dreißigjährige wählte Haider, und selbst beim weiblichen Bevölkerungsteil konnte die FPÖ diesmal verstärkt punkten. Da ist es in der Tat nicht wirklich entscheidend, ob der 14000-Stimmenabstand zwischen FPÖ und ÖVP der Wahlkartenauszählung (*Briefwahl*, jüg) standhält oder ob der Volkspartei doch noch der 2. Platz zufliegt.

Ein weiterer Rechtsruck schüttelt also das Land: Die Verluste der SPÖ überraschen nicht wirklich und allenfalls die Sozialdemokraten selbst; die Volkspartei freut sich, weniger als befürchtet verloren zu haben, und feiert das sogar noch als Sieg; die Grünen haben, Hut ab, immerhin 2,3% dazugewonnen – allerdings zum Nachteil des Liberalen Forums, das mit seinen 3,4% nicht mehr im Nationalrat vertreten sein wird. Mit dem kalten Wirtschaftsliberalismus à la Heide Schmidt wurde auch gleichzeitig ihr Eintritt für Minderheiten und selbstverständliche Werte einer Zivilgesellschaft entsorgt. Das sollte zu denken geben – wie auch, dass die Grünen nun gleichfalls Stimme der Liberalen sein wollen.

Lugners DU (*Partei „Die Unabhängigen“, vertritt rechtspopulistische Positionen, d. Red.*) rangiert mit 1% WählerInnenstimmen noch vor der KPÖ, die

zwar 7.000 Stimmen mehr als zur Nationalratswahl 1995 und rund 500 mehr als zur EU-Wahl im Juni bekam. Mit 0,5% gelang es der KPÖ aber dennoch nicht, sich auch in einer Bundeswahl qualitativ aufzuwerten. Und das ist das eigentlich Bedenkliche an dieser Wahl: Eine linke Opposition war nicht wahrnehmbar bzw. war eine solche über die KPÖ hinaus auch gar nicht vorhanden.

Das Wahlergebnis gibt ziemlich genau die Stimmung im Lande wieder: SPÖ, ÖVP und FPÖ vereinigen fast 90% der gültig abgegebenen Stimmen auf sich, das sind zwei Drittel der erwachsenen InländerInnen. Damit sichern sich die drei beinahe gleich großen Parteien das Monopol der politischen Gestaltung. Denn trotz ihres Geschimpfes und Gerangels sind Rot, Blau und Schwarz nicht nur statistisch, sondern vor allem auch inhaltlich kaum noch zu unterscheiden. ... Das Wahlergebnis hat die Regierenden gestärkt. Denn auch wenn derzeit über die Zusammensetzung der künftigen Regierung nur spekuliert werden kann, steht längst fest, wer darin das Sagen haben wird. Schon bisher hatte Österreich ja drei Regierungsparteien, zwei de jure und eine, die einflussreichste, de facto. Daran wird sich nichts ändern, im Gegenteil. Die Blauen dirigieren das Land. Nicht etwa deshalb, weil ihr Chef in Kärnten Landeshauptmann ist oder weil Innenminister Karl Schlögl seit langem bei Freund und Feind als Haiders bester Mann im Ministerrat gilt. Die FPÖ ist deshalb Österreichs dritte und eigentliche Regierungspartei, weil es zu Jörg Haider und seiner politischen Praxis weit und breit keine relevante Opposition gibt. SPÖ und ÖVP waren nicht erst im Wahlkampf unausgesetzt damit beschäftigt, sich von der FPÖ die Themen und Sprachregelungen vorgeben zu lassen. Indem Rote und Schwarze den Blauen nach dem Mund reden, erwecken sie den Eindruck, es gebe zu dieser Dreieinigkeit und ihrer Politik der Vorurteile und Ausgrenzung keine Alternative.

(...) Trotz der im KPÖ-Vergleich zu verzeichnenden Stimmen- und Anteilsgewinne hat es zu einer qualitativen wahlpolitischen Aufwertung ... wieder (oder noch) nicht gereicht. Darin spiegelt sich mehrerlei: ... vor allem der Mangel an sozialem Widerstand und Bewegung gegen die Auswüchse eines neoliberalen Kapitalismus. Vielen potentiellen KPÖ-WählerInnen leuchtete anscheinend auch die Drohung ein, mit einer „verlorenen“ Stimme das zu befürchtende Wahldesaster nicht nur nicht zu verhindern, sondern sogar zu befördern. Letzteres ist dann aber doch eingetreten. Denn die SPÖ verliert ihre Stimmen nach rechts und nicht nach links. Die sich neu definierende KPÖ wird also weiterhin mit dem Image der Nullkommanochwas-Partei leben müssen.
Walter Baier, Bärbel Danneberg, aus: *Volksstimme* 40/99, aus Platzgründen gekürzt



Das Oberste Gericht der Vereinigten Staaten hat am 4.10. die Beschwerde Mumia Abu-Jamals zurückgewiesen. Die Anwälte hatten geltend gemacht, dass Mumias verfassungsmäßig garantierten Rechte in dem Verfahren, in dem er zum Tode verurteilt worden war, verletzt wurden, weil er sich nicht selbst verteidigen durfte und aufgrund seines Protestes aus dem Verfahren ausgeschlossen wurde. Allerdings ist mit dem Ablehnungsbescheid der juristische Weg noch nicht ganz ausgeschöpft. Vielmehr werde, so die Verteidigung, jetzt die Berufungsverfahren auf der Bundesebene erst anlaufen. Wenn die unterste Ebene des Bundesgerichts, die Ende Oktober angesteuert wird, ausgeschöpft ist, folgt der Gang vor das nächst höhere Gericht und dann, falls Mumia Abu-Jamal auch hier unterliegt, erneut der Gang vor das Oberste Gericht. Trotzdem steht nach Aussagen des Verteidigers Weinglass zu befürchten, dass Pennsylvanias Gouverneur Ridge den erneuten Hinrichtungsbefehl bereits in den nächsten Tagen unterschreibt. Zwar kann er die Berufungsverfahren damit nicht stoppen. Trotzdem wächst der Druck enorm. 1996 unterzeichnete Clinton ein Gesetz, mit dem der Zeitraum zwischen dem Todesurteil zur Hinrichtung verkürzt und damit auch das frühere im Durchschnitt zwei Jahre dauernde Berufungsverfahren auf Bundesebene auf wenige Monate verkürzt wird. In den USA ist die Mobilisierung angelaufen.

Brasilien: Nein zur „Entdeckung“

(alc-Poonal) Vertreter von 39 Indígena-Völkern wenden sich in einem Brief an Präsident Cardoso gegen Feierlichkeiten zur Entdeckung Brasiliens vor 500 Jahren, „wenn vorher nicht die Rechte der ersten Bewohner dieser Böden garantiert werden“. Die 112 Unterzeichnenden haben die Probleme hervor, denen sich die Indígenas gegenüber sehen. Einige Völker seien von der Auslöschung bedroht, aber immer noch nicht von der Bundesregierung anerkannt. „Wir haben weitere Probleme, die die Bundesregierung nicht ansprechen will und nicht zu kennen vorgibt“, heißt es unter anderem in dem Brief. Erwähnt werden die Landstreitigkeiten und -Invasionen, die fehlende Justiz bei Verbrechen gegen die Indígenas und die Verzögerungen von Gesetzesinitiativen bezüglich der Rechte der Indígena-Völker. Der Präsident habe bis zum 19. April 2000, dem Datum, an dem die Ankunft der Portugiesen an den brasilianischen Küsten vor 500 Jahren gefeiert werden soll, genug Zeit, die Markierung der Indígena-Territorien zu regeln sowie die Invasoren zum Verlassen dieser Landstücke zu bewegen. Die Abgeordneten werden aufgefordert, das Statut der Indígena-Völker zu verabschieden und die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zu ratifizieren. Bei Bauprojekten

und der Minenausbeutung in ihren Gebieten fordern die Indígenas ein Mitspracherecht. Von den Ländern, die an „fünf Jahrhunderten Genozids“ gegen ihre Gemeinden teilnahmen, verlangen die Indígenas öffentliche Reue und Unterstützung ihrer Forderungen und Rechte.

Costa Rica: Aufruf zum Streik

(IPS, 1.10.) Die Gewerkschaften haben ab dem 6. 10. zu einem landesweiten Streik aufgerufen. Sie werfen der Regierung vor, das bestehende Vertragswerk für den öffentlichen Dienst, bestehend aus 64 Einzelabkommen, kippen zu wollen. Auch gegen die Judikative richtet sich der Protest. Die Verträge, die für die ca. 40.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes gelten, regeln u.a. die Berücksichtigung von Alter und Betriebszugehörigkeit bei der Gehaltsberechnung, die Bezahlung von Überstunden, die Umstrukturierung von Arbeitsplätzen, innerbetriebliche Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen, das Recht auf Gewerkschaftsmitgliedschaft, Tarifverhandlungen etc. Nachdem der Oberste Gerichtshof die „Verfassungswidrigkeit“ der Verträge feststellte, weil sie die Beschäftigten im öffentlichen Dienst „privilegierten“, befasst sich jetzt das Verfassungsgericht damit. – Nach Ansicht von Kritikern ist der Konflikt auf die neoliberalen Politik der Regierung zurück-

zuführen. Die Verträge stünden der geplanten Privatisierung staatlicher Unternehmen im Wege. Viele Gewerkschafter rechnen mit einem Generalangriff auf die Rechte der Arbeiter und deshalb mit einer Verschärfung des Konfliktes innerhalb weniger Tage.

Kurdistan: Europäische Konzerne mischen bei Vertreibung mit

20 000 Kurden sollen vertrieben, 50 kurdische Dörfer und 15 kleinere Städte, darunter die einzige aus dem Mittelalter erhaltene Stadt Hasankeyf durch einen neuen großen Stausee überflutet werden. Am Tigris entsteht das riesige Staudammprojekt Ilisu; über das gewaltige Reservebecken des Stausees (drei Mrd. m³) kann einerseits das Nachbarn über Monate das Wasser abgeschnitten werden; andererseits benutzt die Türkische Republik das Projekt als Mittel, die kurdischen Bewohner der Region umzusiedeln. Maßgeblich beteiligt an diesem extrem teuren und energiepolitisch sinnlosen Großprojekt sind europäische Konzerne, vor allem die Schweizer Sulzer Hydro und ABB. Die beiden Schweizer Konzerne erhielten trotz heftiger Kritik staatliche Exportgarantien in Höhe von 250 Mio. Euro. Mit dem Kauf von Sulzer Hydro stieg jetzt auch der österreichische Konzern VA Tech ins Geschäft, von dem bereits eine Reihe anderer österreichischer Konzerne profitiert, u.a. Strabag.

Asylanspruch für Öcalan – Revisionsprozess vertagt

Ein römisches Zivilgericht hat festgestellt, dass A. Öcalan Asylrecht in Italien zustehe. Begründung: Trotz der jüngeren Entwicklung verhindert die Unterdrückung der individuellen Grundfreiheiten und insbesondere der Rechte der Kurden die Ausübung der demokratischen Freiheiten. Die italienischen Anwälte Öcalans und die linke Opposition fordern nun, dass die italienische Regierung ihrer Verantwortung nachkommt und sich für den Friedensprozess stark macht. – Derweil hat der Kassationshof in Ankara den Revisionsprozess, in dem das Verfahren in Imrali, in dem Öcalan zu Tode verurteilt wurde, auf Verfahrensfehler geprüft wird, auf den 21.10. verschoben. Die Anwälte hatte, um mehr Zeit für die Vorbereitung zu haben, die Verschiebung um 1 Monat beantragt. Inzwischen wurde bekannt, dass am 15.12. ein weiterer Prozess gegen Öcalan und ca. 100 weitere PKK-Mitglieder eröffnet wird, dabei geht es um die Phase vor Gründung der PKK. – Über 200 Vertreter verschiedener Parteien, Gewerkschaften, Anwalt-Vereinigung und Wirtschaftsverbände haben sich in einer Anzeige in „Cumhuriyet“ für eine friedliche Lösung des Konflikts, Generalamnestie für alle Gefangenen und die Abschaffung der Todesstrafe eingesetzt.

Zusammenstellung: scc

WIDERSTAND

In mehreren Städten der Bundesrepublik, so in Stuttgart, Köln, Berlin, Hamburg (Bild), fanden Kundgebungen und Demonstrationen statt, die sich gegen das Massaker an politischen Gefangenen in der Türkei wandten und die Gefangenenevolte unterstützen. Auf der Kundgebung in Köln forderte Jörg Detjen für die PDS im Rat der Stadt Köln: „Ich fordere von den Staaten der Europäischen Union und des Europarates, unverzüglich eine Delegation in die Türkei zu entsenden, um das jüngste Verbrechen vor Ort zu untersuchen und die Bedingungen, unter denen die politischen Gefangenen inhaftiert sind, endlich zu verbessern.“

**Taxigenossenschaft: Solischicht für Kragujevac**

Am 11. Oktober fuhren die Fahrerinnen und Fahrer – einschließlich der Fahrradkuriere – der Hamburger Genossenschaft „das taxi“ eine Solidaritätsschicht für die ausgebombten Arbeiterinnen und Arbeiter des Zastava-Werkes in Kragujevac: Die Einnahmen dieses Tages werden gespendet. In einer Presseerklärung heißt es zu der bedrückenden Situation in Kragujevac, wo auch viele Flüchtlinge leben: „Das Rote Kreuz hat eine immense Aufgabe zu bewältigen. Es sind Volksküchen für die Verpflegung aller eingerichtet worden. Dafür werden Lebensmittel spenden gebraucht. Medikamente, praktisch aller Art, werden benötigt. Wir haben beschlossen, die Arbeiter und Arbeiterinnen der Zastava und das Rote Kreuz Kragujevac und die Poliklinik zu unterstützen. (...) Nach 10 Jahren Wirtschaftsembargo, dem dringenden Bedarf vieler Güter, soll mittels der Bomben ... Jugoslawien dazu gebracht werden, dem Diktat des westlichen Kapitalismus sich zu beugen. Deswegen rufen wir alle auf, die Arbeiter und Arbeiterinnen nicht nur mit Geld zu unterstützen, um • das Wirtschaftsembargo zu beenden; • die Truppen der Nato zum sofortigen Abzug zu bewegen.“ PE, Quelle: CL-Netz

Tagung Der Krieg – Analyse eines Exempels erfolgreich beendet

Mit über 250 Teilnehmern fand am 8./9. in Hamburg (eine große) bundesweite Zusammenkunft zur Auswertung des NATO-Krieges gegen Jugoslawien statt. Unter dem Motto *Der Krieg – Analyse eines Exempels* hatten Wissenschaftlervereinigungen gemeinsam mit Verbänden der Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsbewegung dazu aufgerufen, Lehren aus dem Krieg im Balkan zu ziehen und daraus neue Möglichkeiten politischer Handlungsfähigkeit zu entwickeln, um in zukünftigen Konfliktfällen statt militärischer Eingriffe politischen Lösungen Geltung zu verschaffen. Wie ein Sprecher des Veranstalterkreises erklärte, ging es dabei weniger um deklarato-

rische Positionsbestimmungen, sondern um die Findung gemeinsamer Analyseansätze, wieso uns ein Krieg als Mittel zum Schutz von Menschenrechten verkauft werden kann, der genau das Gegen teil dessen bewirkt, was er vorgeblich beanspruchte. Dieses Ziel, so der Sprecher weiter, sei erreicht worden; die Analysen selbst seien jedoch bei weitem noch nicht abzuschließen. Als erste praktische Konsequenzen werden sich die veranstaltenden Organisationen mit der Forderung nach einer zukunfts- und menschenrechtsorientierten Flüchtlings- und Migrationspolitik an den EU-Gipfel am kommenden Wochenende in Tampere wenden und zu Fragen des Wiederaufbaus in den Kriegsgebieten einen an die deutsche Bundesregierung gerichteten Maßnahmenkatalog erarbeiten.

Eine Dokumentation u.a. mit den Beiträgen der ReferentInnen ist zu beziehen über NaturwissenschaftlerInnen-Initiative e.V., Gutenbergstr. 31, 44139 Dortmund, Tel. (0231) 575 202, Fax (0231) 575 210, E-Mail: ines_nat@t-online.de (PE 10.10.)

Aktionen gegen Arbeitslosigkeit und Armut am „Weltspartag“

Die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen ruft für den 29. Oktober, dem sog. Weltspartag, zu bundesweiten Aktionen auf. In ihrem Aufruf heißt es: „Es ist eine Lüge, dass es keine Alternativen zum rot-grünen Sparpaket gibt. Das richtige Ziel der Haushaltskonsolidierung erfordert eine stärkere Heranziehung der Besserverdienen den und Vermögenden. Es gilt, das Verfassungsgebot einer Besteuerung nach Leistungsfähigkeit endlich zu verwirklichen. Anstelle von Sozialabbau zu Lasten der ohnehin Benachteiligten müssen die staatlichen Einnahmen erhöht werden. Konkrete Instrumente dazu sind z.B. ein Verzicht auf die geplante Nettoentlastung der Unternehmen, die Wiedereinführung der Vermögenssteuer oder die Erhöhung der Erbschaftssteuer ... Die Kürzungen gegen Arbeitslose müssen vom Tisch!“ Demonstrationen finden z.B. in Darmstadt und Berlin statt. ola

Am 25.9. trafen sich DVU und Polizei zum 18. Mal wieder in Passau

Wie jedes Jahr veranstaltete die DVU ihren Parteitag in der Nibelungenhalle. Nachdem das Bündnis Passauer Bürger für Zivilcourage diesmal nicht an den Gegenprotestaktionen teilnahm, wurde die Protestdemonstration von der Antifaschistischen Aktion Passau und dem Antifaschistischen Regionalplenum Bayern getragen. So konnte die Polizei die vor allem jugendlichen Demonstranten beliebig schikanieren – achtmalige Vor kontrollen zwischen dem Verlassen des Zuges und dem Demobeginn waren keine Seltenheit. Der Demonstrationszug mit ca. 400 TeilnehmerInnen begann wegen der Polizeimaßnahmen leicht verspätet. Auch während der Demonstration dauerten die Schikanen der Polizei an. Die spaliergehenden Bereitschaftspolizisten versuchten sogar, das Fahnenschwenken zu unterbinden. 2 Personen wurden vorübergehend festgenommen, weil sie kleine Zettelchen mit der Aufschrift „GewerkschafterInnen gegen Rassismus und Faschismus“ verteilt.

Nach: R.B., MLB

DIDF nicht beteiligt

In den PB Nr. 18 hatten wir über die Kommunalwahlen in Stuttgart berichtet. Dabei erwähnten wir, dass auf der Internationalen Demokratischen Liste Leute aus der DIDF kandidierten. Der Bundesvorstand von DIDF teilte uns inzwischen mit, dass „wir als DIDF nicht an dieser Liste teilnehmen und dass DIDF Stuttgart mit den Personen der angegebenen Liste seit langem keinen Kontakt mehr hat. Wir unterstützen Listen in verschiedenen Städten, die antikapitalistisch sind und die Interessen der ArbeiterInnen vertreten und nehmen teilweise auch an solchen Listen teil, aber wir haben an dieser Liste in Stuttgart nicht teilgenommen. Mit solidarischen Grüßen Hüseyin Augan, Bundesvorsitzender.“



Ausgeschrieben, abgeschrieben, ausverkauft

Die Vorgeschichte

Im März 1998 musste die ehemalige Hamburger Sozialsenatorin Fischer-Menzel zurücktreten. Grund: Der Filz in der Behörde für Arbeit, Gesundheit, Soziales (BAGS) nahm so überhand, dass er nicht mehr ignoriert werden konnte. Um zukünftig Filz und Seilschaften auszuschließen, stellte ihre Nachfolgerin Karin Roth am 24. März 1999 eine Dienstvorschrift vor, die auch die Möglichkeit von Ausschreibungen zur Verhinderung von Behördensfilz vorsieht. Gleichzeitig verblüffte sie die Hamburger Öffentlichkeit mit ihrer Erklärung, den Umzug des „Drug-Mobil“ – ein Fixerbus – in längst versprochene feste Räume zum Anlass für eine Ausschreibung zu nehmen. Mit derselben Argumentation begründete sie die Ausschreibung des Frauenprojektes Ragazza e.V., das in größere Räume umziehen und zusätzlich einen Frauenfixerraum betreiben sollte. Zwei Einrichtungen der psychosozialen Betreuung von Substituierten, Palette e.V. und Brücke e.V., wurden mit der Begründung ausgeschrieben, dass ein neues Finanzierungssystem eine Ausschreibung voraussetzt. Alle vier betroffenen Träger sind Vertreter des akzeptierenden Drogenansatzes und als Kritiker der Drogenpolitik in Hamburg bekannt.

Eine warnende Stellungnahme von Palette e.V.

„Per Fax erfuhren Vorstand und Geschäftsführung der Palette e.V. das Ergebnis der ‚öffentlichen Bekanntgabe‘ der bislang von uns betriebenen Einrichtungen zur psychosozialen Begleitung substituierter Drogenabhängiger: Einer unserer drei Betriebe – die Palette 3 in Altona – werde künftig einem anderen Trä-

ger zugeschlagen. Der Verein sei gehalten, teilte Amtsleiterin Elisabeth Lingner am 24.6. mit, gegenüber den MitarbeiterInnen der Palette 3 bis 30.6. arbeitsrechtliche Maßnahmen mit Wirkung zum 30.9.99 zu veranlassen. Der Tagespresse konnten wir entnehmen, dass Jugend hilft Jugend e.V. in Altona den Zuschlag erhalten hat.

Würden wir diese Entscheidung hinnehmen, so wären ab 1.10.99 KollegInnen aus Arbeitszusammenhängen herausgerissen, die sie als eine Form der Drogenhilfe seit zehn Jahren und zum Teil von der ersten Stunde an mit großem persönlichen Einsatz aufgebaut haben. Der von der BAGS ausgesuchte neue Träger Jugend hilft Jugend hat den Aufbau der medikamentengestützten Drogenhilfe währenddessen die längste Zeit mit ablehnenden Kommentaren begleitet. Dort ‚dürften‘ sich unsere bisherigen KollegInnen dann bewerben – was aus ihrem bisherigen Drogen akzeptierenden Ansatz wird, steht in den Sternen.

Für die KlientInnen der Palette 3, unter denen ein hoher Anteil schwangere Frauen und alleinerziehende Mütter sind, wär die weitere Betreuung ab sofort in Frage gestellt. Wir vermuten, dass der Fachbehörde bekannt ist, was heute fachliches Grundlagenwissen ist: Dass eine gelingende und dauerhafte therapeutische Beziehung das zentrale ‚heilende‘ Element der psychosozialen Behandlung und Betreuung ist.

Eine ähnlich geartete Entscheidung trifft den Träger (des „Drug Mobil“ – Red.) freiraumhamburg e.V.: Hier soll der mit höchstem Einsatz und unter schwierigsten Bedingungen aufgebaute Fixerraum Billstedt an eine Bremer GmbH übergehen, die mit dem Betrieb von Fi-



Eine der Protestaktionen gegen die neue Ausschreibungspraxis

xerräumen und den Verhältnissen im Stadtteil bislang keinerlei Erfahrung hat.

Vorstand und Geschäftsführung der Palette können und werden es nicht verantworten, aufgrund einer solchen, auch verfahrenstechnisch höchst fragwürdigen Entscheidung 180 KlientInnen und etwa 15 MitarbeiterInnen auf die Straße zu entlassen ... Über das Schicksal der KlientInnen, der MitarbeiterInnen und des Trägers hinaus bewegt uns aber die grundsätzliche Bedeutung dieses Vorgangs: Es geht nicht einfach um Verteilungskämpfe, sondern um eine dramatische und außerordentlich destruktive Weichenstellung für den gesamten Sozialbereich.

Seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland gibt es, aus gutem Grund, das Prinzip der freien Wohlfahrtspflege. Dazu gehört eine vielfältige Trägerlandschaft, gehört das ehrenamtliche Engagement von Laien und Vorstandsmitgliedern, gehören kirchliche, humanitäre oder sozialpolitische Motive und Zielsetzungen und engagierte professionelle InitiatorenInnen, die Hilfsangebote dort aufzubauen, wo Menschen an gesellschaftlichen Verhältnissen und Anforderungen scheitern bzw. durch diese ausgesgrenzt werden. Dass solche Hilfen gerade nicht von oben herab staatlich verordnet werden können, lässt sich an jedem Bereich psychosozialer Hilfen – sei es etwa für Obdachlose, psychisch Kranken, alkoholsüchtige, sich prostituerende oder drogenabhängige Menschen – nachvollziehen. In Hamburg gibt es eine Vielzahl guter Beispiele sozialer Hilfsangebote, die in Kooperation von Betroffenen, Bürgern, professionellen Helfern und freien Trägern gelungen sind. In Zeiten zunehmender gesellschaftlicher Spaltung und Spannung zwischen reich und arm, „Lo-



Viele der früheren Palette-3-KlientInnen sind jetzt ohne Versorgung

sern' und 'Winnern' sind solche Ansätze notwendiger denn je.

Im konkreten Fall der öffentlichen Ausschreibung von Drogenhilfeprojekten werden Hilfsangebote, die unter höchstem Einsatz ideeller und menschlicher Substanz entwickelt und aufgebaut wurden, behandelt, als handele es sich um Staatseigentum, das nach Gudücken neu auf- und aufgeteilt werden kann. Wenn ein solches Vorgehen der 'freien Ver-gabe' von Ideen und Errungenschaften der freien Wohlfahrtspflege politisch machbar wird, bedeutet das das Ende einer Kooperation zwischen engagierten BürgerInnen und Staat im sozialpolitischen Feld. (...)"

Die Antwort auf Gegenwehr: Kriminalisierung

Allein bei Palette 3 verloren 18 MitarbeiterInnen ihren Arbeitsplatz. Der neue Träger Jugend hilft Jugend hat inzwischen erklärt, dass er bei beabsichtigter Einstellung von 6 Mitarbeiterinnen höchstens 50% mit ehemaligen Palette-MitarbeiterInnen besetzen werde. Auch beim Projekt „Drug Mobil“ wurden Arbeitsplätze vernichtet. Außerdem beschäftigt hier der neue Träger die KollegInnen weit unter BAT-Gehalt, weil er den bisher üblichen Ortszuschlag verweigert.

Diese Vorgänge führten zu einer Kritik über die Reihen der unmittelbar Betroffenen hinaus. Auch die ÖTV meldete sich zu Wort. Das Team der Palette hat in den letzten Wochen zu mehreren Aktionen gegen die Ausschreibungspraxis der BAGS aufgerufen und die Rücknahme der getroffenen Fehlentscheidungen gefordert. Die Reaktion? Gegen mehrere TeilnehmerInnen an den Aktionen wurde Strafanzeige u.a. wegen des Verstoßes gegen das Bankkreisgesetz und das Demonstrationsrecht eingeleitet, außerdem versuchten Zivilpolizisten bei einer Protestaktion vor einem Veranstaltungsort, an dem Frau Roth einen Vortrag zum Thema „Innovationen im Sozialstaat“ hielt, der Personalien der Demonstrierenden habhaft zu werden.

Die ÖTV-Betriebsgruppe Palette 2 hat inzwischen gegen Frau Roth, ehemals eine Funktionärin des Hamburger DGB, einen Ausschlussantrag bei der IG Metall gestellt. Mitarbeiter verschiedener sozialer Einrichtungen, die sich am 19. August an einer Aktion in der BAGS beteiligt haben, haben in einer Presseerklärung mitgeteilt, dass sie bei der Staatsanwaltschaft eine Selbstanzeige einreichen. Die Auseinandersetzung ist noch nicht beendet.

*Zusammengestellt
nach verschiedenen
Pressemitteilun-
gen von Team,
Betriebsrat
und ÖTV-Be-
triebsgrup-
pe der Pa-
lette 2 e.V.*

Köln stellt sich quer

Ausnahmezustand für Nazis – Polizei sperrt ganzes Viertel ab

Nach dem Scheitern ihrer Demonstration am 22.5. hatten sich für den 2.10. erneut Nazis aus NPD und „unabhängigen“ Kameradschaften in Köln angekündigt.

Sollte sich ihr letzter Aufmarsch gegen die Wehrmachtsausstellung richten, waren diesmal Flüchtlinge bzw. Migranten Ziel ihrer Hetze. Unter dem Motto: „Gegen doppelte Staatsbürgerschaft und Ausländerintegration“ wollten sie marschieren. Schnell nachdem die massive Mobilisierung der Rechten bekannt geworden war, hatte sich das Aktionsbündnis „Köln stellt sich quer“ wieder zusammengefunden, um den Aufmarsch auch diesmal zu verhindern.

Die Niederlage hatte geschmerzt, so mobilisierten neben den üblichen Verdächtigen selbst die obskursten rechten Gruppierungen via Internet nach Köln.

Die Gegenmobilisierung jedoch gewann – einmal in Gang gekommen – ebenfalls schnell an Dynamik. Auch dieses Mal waren Vertreter verschiedenster gesellschaftlicher Gruppierungen Teil des Bündnisses. Es fanden sich verschiedene Asten, Schülerguppen, antirassistische Gruppen, Jusos, SAV, VVN/BdA, PDS, Antifa K und Einzelpersonen verschiedenster linker Gruppierungen zu den Planungstreffen ein.

Das Ziel, so war diskussionslos klar, konnte auch beim zweiten Anlauf nur die praktische Verhinderung des Aufmarsches sein.

Spätestens nachdem sich mehr und mehr Prominente in Form eines eigenen Aufrufs gegen die Nazi-Veranstaltung richteten, rechnete eigentlich ein jeder mit dem zumindest vorläufigen Verbot und dem Beginn des in solchen Fällen eigentlich üblichen, gerichtlichen Fortgangs der Ereignisse. Doch schon beim ersten Gespräch der VertreterInnen des Bündnisses mit der Polizei wurde klar: diese will noch nicht einmal den Versuch unternehmen, dem braunen Mob juristisch beizukommen.

Der 2.10.

Gegen 10.30 Uhr formierte sich der Demonstrationszug Richtung Offenbachplatz.

2500 – 3000 Demonstranten, und somit mindestens genauso viele wie beim letzten Mal, machten auf ihrem Weg über Hohepoorte und Schildergasse lautstark ihrem Unmut Luft. Am Offenbachplatz angekommen, löste sich nach einer wei-

teren kurzen Kundgebung die offizielle Demonstration auf. Ein Grossteil der Teilnehmer jedoch machte sich nun umgehend auf den Weg in Richtung Ebertplatz/Rheinufer, um sich den Nazis direkt in den Weg zu stellen. Dort angekommen bot sich Demonstranten wie Anwohnern jedoch ein martialisches Bild: Das gesamte Kunibertsviertel war in Ausnahmezustand versetzt und hermetisch abgeriegelt worden, Panzer und Gitterabsperungen blockierten jede Seitenstrasse.

So marschierten die Nazis also doch. Durch ein Viertel im Ausnahmezustand und somit ohne Publikum zwar, aber eben



doch. „Ausländer raus“ und „Blut und Ehre der Waffen SS“ hallte durch die gespenstisch leeren Straßen.

Trotz der Proteste von Prominenten, trotz massiver Proteste verschiedenster gesellschaftlicher Gruppierungen, und zu guter Letzt gar einer auf Antrag der PDS entstandenen Entschließung des Rates der Stadt Köln, die sich ebenfalls gegen den Aufmarsch aussprach, zeigte sich Polizeipräsident Roters nicht gewillt, zumindest den Versuch eines Verbots zu unternehmen. Wenn das die Linie für die Zukunft sein soll, werden auch die letzten Reste des sowieso schon stark angetrakteten liberalen Rufes der Stadt schnell der Vergangenheit angehören.

chr, Lokalberichte Köln, leicht gekürzt

Bei den Berliner Wahlen erzielte die PDS mit 17,7% ihr bisher bestes Ergebnis

„Gut leben und PDS wählen“

Beurteilt man die Wahlen nach der Veränderung der absoluten Stimmen, so ist die PDS die Gewinnerin der Wahlen in Berlin, sowohl der zum Abgeordnetenhaus wie der gleichzeitigen Wahlen zu den Bezirksverordnetenversammlungen. Mit fast 277.000 Stimmen (= 17,7%) verbesserte sie ihr altes Wahlergebnis von 1995 um beinahe 33.000 Stimmen. Gegenüber den vorletzten Wahlen (1990) hat die PDS sogar ihr Ergebnis fast verdoppelt. Die CDU steigerte ihre Stimmenzahl „nur“ um 12.000 Stimmen. Mit 637.000 Stimmen – umgerechnet 40,8% – nach 625.000 Stimmen in 1995 baute sie aber ihre Position als stärkste Partei weiter aus und ist jetzt beinahe doppelt so stark wie die SPD, die ihr bisher schlechtestes Wahlergebnis – 23,6% in 1995 – noch einmal unterbot. Nur 350.000 Berlinerinnen und Berliner gaben der von Walter Momper, Ex-Bürgermeister und danach in die ImmobilienSpekulation gewechselt, geführten Berliner SPD ihre Stimme. Das sind halb so viele wie bei den letzten Bundestagswahlen. In Ostberlin war die SPD 1990 noch mit 32% stärkste Partei, nun liegt sie dort bei wenig mehr als der Hälfte. Die Partei ist damit in einer schweren Krise. Erst in einer Woche will sie entscheiden, wie sie weiter vorgeht. Auch die Grünen mußten schwere Verluste hinnehmen. Sie verloren mehr als ein Viertel ihrer Stimmen von 1995, vor allem im Osten, und kamen nur noch auf 9,9%.

Die PDS ist auch die einzige Partei bei diesen Wahlen, die trotz leicht gesunkenener

Wahlbeteiligung ihre absoluten Stimmenergebnisse im Ost- und Westteil steigern konnte. Im Westen legte die Partei um 18.506 Stimmen auf 4,2% zu, im Osten kam sie mit einem Zugewinn von 13.949 Stimmen auf 39,5% und baute damit ihre Position als stärkste Partei weiter aus. Im „Regierungsbezirk“ Mitte ist die PDS stärker als CDU und SPD zusammen, in drei weiteren Ostbezirken hat sie künftig in der BVV die absolute Mehrheit. In Friedrichshain (41,7%), Lichtenberg (48,2%), Marzahn (45,4%), Prenzlauer Berg (36,8%), Treptow (36,3%), Hellendorf (45,2%), Hohenschönhausen (46,9%), Köpenick (33,5%), Mitte (44,2%), Pankow (36,3%) und Weißensee (33,3%), also in sämtlichen Ostbezirken, konnte sie damit ihre Position als stärkste Partei weiter ausbauen. 30 der 32 Direktmandate zum Abgeordnetenhaus, die im Osten zu gewinnen waren, gingen an die PDS.

Zugewinne im Osten erreichte sonst nur noch die CDU, die dort über 16.000 mehr Stimmen als bei den letzten Wahlen erzielte und damit ihre 1995 erstmals errungene Position als zweitstärkste Partei im Osten weiter ausbaute.

Auch im Westen ist die PDS nach dem Wegfall der 5%-Sperrklausel – faktisch besteht dort wg. der Zahl der BVV-Mandate künftig eine 3%-Klausel bei Bezirkswahlen – künftig in 8 von den derzeit noch 12 Bezirken (demnächst stehen Bezirksfusionen an) vertreten. In Charlottenburg (3,6%, 1 Mandat), Kreuzberg (8,6%, 3 Mandate), Schöneberg (5,0%, 1 Mandat), Tiergarten (5,0%, 1 Mandat), Wedding (6,0%, 2 Mandate), Neukölln (4,6%, 2 Mandate), Spandau (3,3%, 2 Mandate) und Wilmersdorf (3,3%, 1 Mandat) ist die PDS künftig in der BVV vertreten. Zum ersten Mal seit über 50 Jahren sind damit in den Bezirken Westberlins dezidiert sozialistische Bezirksverordnete vertreten.

Bei CDU, SPD und Grünen mischte sich deshalb schon am Wahlabend in die Beurteilung des Wahlergebnisses deutlicher Zorn über die PDS-Gewinne. CDU-Chef Landowsky, als Bankmanager der bayerischen CSU und ihren Immobiliengeschäften in Berlin nicht nur wirt-

schaftlich eng verbunden, sondern auch politisch sehr nahestehend, hatte schon Tage vor der Wahl den Wählerinnen und Wählern im Osten vorgeworfen, sie würden „gut leben und PDS wählen“. Die PDS hatte das prompt aufgegriffen und entsprechende Aufkleber erstellt. Freilich: Gewählt wurde die Partei im Westen vor allem von armen Leuten und in Gebieten mit hohem MigrantInnenanteil.

Welche inhaltlichen Gründe bei der PDS-Wahl dominierten, hatte die PDS am Ende des Wahlkampfes auch in Anzeigen und Plakaten deutlich gemacht: „Wenn links, dann rot“ und „Gerechtigkeit wählen“ waren die Hauptparolen. Noch deutlicher hieß es in Anzeigen: „Grüne Pazifisten zogen in den Krieg. Rote Sozialdemokraten in die Mitte. Wir bleiben links. PDS“.

Neben der strikten Antikriegsposition und dem Eintreten für soziale Gerechtigkeit dürften die Zugewinne der PDS auch auf ihre Position in Fragen der Migrations- und Asylpolitik zurückzuführen sein. Schon am Wahlabend berichteten Wahlforscher, das Ansehen der PDS sei auch auf ihr Eintreten für die Bürgerrechte von Migrantinnen und Flüchtlingen und auf ihre Opposition gegenüber der auch von rot-grün fortgesetzten rassistischen Ausländerpolitik zurückzuführen. Im Berliner Abgeordnetenhaus werden statt bisher einem künftig zwei Abgeordnete kurdischer Herkunft in der PDS-Fraktion arbeiten.

Die unangenehmen Seiten des Wahlausgangs zum Schluss: Die Republikaner verloren zwar landesweit 3.600 Stimmen, werden aber wegen des Wegfalls der 5%-Klausel künftig in drei Westberliner (Neukölln, Reinickendorf und Wedding) und in drei Ostberliner BVV-en ihre rassistische Hetze verbreiten können. Noch unangenehmer und auch folgenreicher könnte werden, dass CDU und SPD, wenn sie ihre große Koalition fortsetzen sollten, gemeinsam im Abgeordnetenhaus künftig mit einer verfassungsändernden Zweidrittelmehrheit agieren. Ein neuer Anlauf für eine Länderfusion von Berlin und Brandenburg, die beide künftig dann von einer großen Koalition regiert würden, und eine weitere Einschränkung kommunaler Selbstverwaltungsrechte wäre die Folge. Ohnehin wird sich die künftige Berliner Landesregierung, wenn es nach der CDU geht, um eine Einschränkung der politischen Freiheiten in der Stadt bemühen. Auf dem Programm der CDU steht u.a. eine Einschränkung des Demonstrationsrechts und die Legalisierung des polizeilichen Todesschusses sowie die beschleunigte gewaltsame Abschiebung von Flüchtlingen. Solche und andere zutiefst reaktionäre Positionen der CDU zu schwächen, den gesellschaftlichen Rechtstrend zu stoppen und bei einem wirklichen Politikwechsel nach links mitzuwirken, bleibt damit auch in Zukunft die Hauptaufgabe der PDS und aller anderen linken Kräfte in der Stadt.

rül

Partei	Ergebnis 1999		Ergebnis 95		Differenz 1999 zu 1995	
	Stimmen	in %	Stimmen	in %	absolut	in %
<i>Abgeordnetenhauswahl Berlin, insg., Zweitstimmen. Wahlbeteiligung 1999: 65,9%, 1995: 68,6%</i>						
CDU	637.208	40,8	625.005	37,4	+12.203	+3,4
SPD	349.659	22,4	393.245	23,6	-43.586	-1,2
PDS	276.651	17,7	244.196	14,6	+32.455	+3,1
Grüne	155.228	9,9	219.990	13,2	-64.762	-3,3
REP	41.816	2,7	45.462	2,7	-3.646	0,0
FDP	34.282	2,2	42.391	2,5	-8.109	-0,3
<i>Abgeordnetenhauswahl, Zweitstimmen Berlin-West</i>						
CDU	476.400	49,3	480.611	45,4	-4.211	+3,9
SPD	243.181	25,3	270.028	25,5	-26.847	-0,3
PDS	40.971	4,2	22.465	2,1	+18.506	+2,1
Grüne	116.796	12,1	158.783	15,0	-41.987	-2,9
<i>Abgeordnetenhauswahl, Zweitstimmen Berlin-Ost</i>						
CDU	160.808	26,9	144.394	23,6	+16.414	+3,3
SPD	106.478	17,8	123.217	20,2	-16.739	-2,4
PDS	235.680	39,5	221.731	36,3	+13.949	+3,2
Grüne	38.432	6,4	61.207	10,0	-22.757	-3,6

Haftentlassung von Moussa Moussaoui

Moussa Moussaoui, Flüchtling aus Algerien, befand sich seit dem 20. Juli, also über zehn (!) Wochen in der Justizvollzugsanstalt (JVA) in Mannheim im Hungerstreik.

Moussa Moussaoui teilte seine Zelle mit dem im Mai bei einem Abschiebeversuch zu Tode gekommenen sudanesischen Flüchtling Aamir Ageeb. Gegen die Umstände dessen gewaltsamen Todes hatte Moussa Moussaoui in der Abschiebehaftanstalt zusammen mit anderen Gefangenen auf dem Gelände der JVA mit einem Sitzstreik protestiert. Hierfür wurde er mit seiner Verlegung vom Abschiebegefängnis in eine Isolierzelle im Haupthaus bestraft.

Darauf begann er einen Hungerstreik. Durch den Hungerstreik hatte Moussa Moussaoui 18 Kilo abgenommen. Er war extrem geschwächtigt, wurde zunächst auf die Krankenstation in der JVA und zuletzt in das Gefängniskrankenhaus auf dem Hohenasperg verlegt. Am 1.10. wurde er endlich aufgrund eines Beschlusses des Landgerichts Mannheim aus der Haft entlassen. Das Landgericht kam aufgrund ärztlicher Stellungnahmen zu der Einschätzung, dass bei weiterer Fortdauer der Haft eine Lebensgefahr nicht ausgeschlossen werden könne.

Sowohl dieser Beschluss als auch der Beschluss des Verwaltungsgerichtshofes Mannheim, der erstaunlicherweise einen Abschiebestopp beinhaltete, stellen eine deutliche Kritik an den rigorosen Abschiebemethoden des Regierungspräsidiums Freiburg und dessen verantwortlichen Hauptabschieber, Herrn Schmieder, dar. Der Besluß des Landgerichts hat auch die Beschlüsse des Amtsgerichts Mannheim außer Kraft gesetzt:

Die Frist für die angeordnete Abschiebehafte war am 22.9. abgelaufen. somit hätte Moussa Moussaoui aus der Abschiebehafte entlassen werden müssen. Das Amtsgericht Mannheim aber hatte die Abschiebehafte verlängert: am 22.9.99 per einstweiliger Anordnung durch den Richter Burk, am 27.09.99 per Beschluss durch den Richter Reemen. Diese beiden hatten zu übereifrig angenommen, dass der VGH Mannheim letztlich doch grünes Licht für die Abschiebung von Moussa Moussaoui geben würde.

Vielleicht haben diese und andere Protest- und Solidaritätsbekundungen (u.a. Kundgebung vor der JVA und KG vor dem Amtsgericht) sowie das starke Engagement der Anwältin dafür gesorgt, daß Moussa Moussaoui jetzt außerhalb von Gefängnismauern lebt. Die Gefahr seiner Abschiebung ist aber nicht endgültig beseitigt. Daher gilt weiterhin unsere Forderung: Bleiberecht für ihn – keine Abschiebung!

Bündnis gegen Abschiebungen und ARI Mannheim, leicht gekürzt

Kommunale Politik

Kampf gegen Abriss HAMBURG. Die städtische Wohnungsbaugesellschaft SAGA will die Terassenhäuser in der Talstraße (St. Pauli) abreißen lassen, weil eine Sanierung zu teuer sei. Dagegen kämpfen Mieter gemeinsam mit dem Verein „Mieter helfen Mietern“. „Die SAGA hat die Häuser systematisch verrotten lassen, um sie abreißen zu können.“ „Verrotten lassen“ heißt in diesem Falle z.B., dass die Fenster nicht mehr richtig schließen, die Wände zentimeterbreite Risse haben und die Elektrik für die Bewohner inzwischen lebensgefährlich ist.

Gegen Abschiebung FREIBURG. Der Freiburger Gemeinderat hat sich gegen die Abschiebung des 12-jährigen Kurden Sükrü Polat in die Türkei ausgesprochen. Er sollte am 27. Juli abgeschoben werden, seine Pflegefamilie über gab ihn jedoch nicht der Polizei. Sein Vater lebt hier und will demnächst heiraten. Nachdem die Gemeinderäte nachdrücklich auf den Verstoß gegen internationale Konventionen hingewiesen wurden, fassten sie den Entschluss, die Forderung nach einem Bleiberecht zu unterstützen und das Regierungspräsidium zu einer Änderung seiner Haltung zu bewegen.

Arbeitsmarktpolitik DÜSSELDORF. Der Deutsche Städttetag hat scharf gegen Pläne von Politikern aller Parteien protestiert, die Arbeitslosenhilfe und Sozialhilfe zusammenzuführen. Die Eingliederung der Langzeitarbeitslosen in die Sozialhilfe bedeutet, dass diese noch weiter von den Instrumenten der aktiven Arbeitsmarktpolitik entfernt würden. Mit einer solchen Maßnahme werde die aktive Arbeitsmarktpolitik auf den örtlichen Wirkungskreis begrenzt.

„Im Ergebnis müssen die Städte mit den größten Strukturproblemen, der geringsten Finanzkraft und den schwächsten Arbeitsmarktstrukturen die größten Fürsorge- und Wiedereingliederungsanstrengungen leisten“, kritisierter der Hauptgeschäftsführer des Städttetages.

Arbeitslosenhilfeempfänger seien sozialversichert, Sozialhilfeempfänger in der Regel nicht. Im Zuge der Integration müsse man daher Arbeitslosenhilfeempfänger aus der Sozialversicherung entlassen. Das komme „einem sozialpolitischen Skandal gleich“, sagte Articus. Statt der Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe plädierte er dafür, die Zusammenarbeit von Sozial- und Arbeitsverwaltung zu verbessern. Es gelte, die Angebote für die betroffenen Menschen zu bündeln und doppelte Behördengänge der Hilfesuchenden zu vermeiden.

Wohngeldreform BONN. Heftige Kritik

übten die Städte an den Plänen der Bundesregierung zur Reform des Wohngeldes. „Der Ausstieg des Bundes aus dem Wohngeld für Sozialhilfeempfänger ist kein Beitrag zur Konsolidierung der öffentlichen Haushalte, sondern eine willkürliche Verschiebung von 2,3 Milliarden DM auf Länder und Gemeinden. Wir hoffen sehr, dass dieser Plan im Bundesrat gestoppt wird“, sagte die Vizepräsidentin des Städttetages, die Frankfurter Oberbürgermeisterin Petra Roth.

Sie nannte es ein „höchst merkwürdiges Politikverständnis“, wenn der Bund für alle Wohngeldempfänger die Höhe der Leistungen bestimme, aber nur für einen Teil der Wohngeldempfänger die Finanzierungsverantwortung übernehmen wolle: „Das ist mit dem Prinzip ‚Wer bestellt, der zahlt‘ völlig unvereinbar.“

Benachteiligung BERLIN. Zahlreiche Politikvorgaben des Bundes und der Länder benachteiligen den ländlichen Raum in Deutschland und damit den Wohn- und Arbeitsstandort von mehr als 40 Millionen Menschen. Dies beklagte der Deutsche Städte- und Gemeindebund anlässlich des Deutschen Gemeindekongresses '99 in Berlin.

„Es ist die Summe der einzelnen Nachteile, die uns große Sorgen macht. Wir fordern Bund und Länder auf, ihre Reformpolitik auf die Chancen des ländlichen Raumes auszurichten.“

Trotz eines Abbaus der Krankenhausbetten von über 100.000 seit 1990 und einem gleichzeitigen Anstieg der Fallzahlen von 1,7 Mio. auf 15,5 Mio. werden die Krankenhäuser durch die geplante Einführung eines Globalbudgets, die erweiterte Entscheidungskompetenz der Krankenkassen bei der Zulassung von Krankenhäusern sowie die Neuregelung der Krankenhausfinanzierung nochmals belastet. Besonders kleineren Krankenhäusern der Grund- und Regelversorgung droht das Aus. Die Ökosteuer belastet den öffentlichen Personennahverkehr. Rund die Hälfte aller Busse im ÖPNV (ca. 20.000) werden im ländlichen Raum eingesetzt. Die Deutsche Post AG wird bis zum 31.12.2002 weitere 2.000 Filialen schließen. Zwar sollen in Zukunft Postdienstleistungen räumlich eher dort angeboten werden, wo andere Dienstleistungen (Einkauf) angeboten werden (Shop in Shop, Agenturen). Mit dem Verlust von Einzelhandelseinrichtungen im ländlichen Raum geht auch die Zugänglichkeit von Postdienstleistungen zurück.

Einige Bundesländer planen, die Anzahl der 706 in der Bundesrepublik bestehenden Amtsgerichte zu verringern und in größeren Einheiten zusammenzufassen. Auch diese Vorschläge greifen überproportional im ländlichen Raum..

Zusammenstellung: ulj



130 Arbeitsplätze sollen weg – Betrieb besetzt

Keine Schließung von Alcatel Berlin!

Unterstützt von der Berliner IG Metall halten ca. 100 Beschäftigte von Alcatel den Betrieb seit dem 13.9. besetzt. Sie kämpfen für den Erhalt von 130 Arbeitsplätzen am Standort Berlin. Die französische Firmenleitung dagegen will Alcatel Berlin schließen, obwohl der Betrieb schwarze Zahlen schreibt und volle Auftragsbücher hat. Pro Tag sollen durch die Besetzung DM 600.000 verloren gehen. Am 27.9. demonstrierte eine Delegation von Alcatel-Beschäftigten in Paris vor dem Konzernsitz. Gegenwärtig erörtert nach einer Mitteilung der IG Metall die Belegschaft über die Schritte des weiteren Vorgehens. Im Vorfeld der Belegschaftsversammlung am 11. Oktober äußerte eine größere Gruppe von Beschäftigten ihre Entschlossenheit, aus Protest gegen die anhaltende Macht und Verweigerungspolitik des Alcatel-Managements gegebenenfalls sofort in einen unbefristeten Hungerstreik zu treten. – Der folgende Bericht vom 26.9.99 wurde dem CL-Netz entnommen, aus Platzgründen gekürzt:

Am heutigen Sonntagabend sind 60 Alcateler vom besetzten Neuköllner Werk nach Paris gefahren, um dort morgen vor der Konzernzentrale gegen die Schließungspläne zu protestieren und um Solidarität bei den französischen KollegInnen zu werben. Unterdessen ist es gelungen, dafür zu sorgen, dass sie auch von französischen KollegInnen empfangen werden. Wesentlich mehr wollten mitfahren, aber es stand nur ein Bus zur Verfügung. Bei der Verabschiedung wurde auch ein Solidaritätsfax der CGT CEGELEC, einer letzten Jahr an Alstom verhökerten Alcatel-Filiale in Nanterre, verlesen, das wir noch rechtzeitig über unsere französischen GenossInnen erhalten hatten und das großen Jubel auslöste.

Rechtzeitig konnten wir auch Buttons mit dem Logo: „Wir lassen uns nicht plattmachen!“ auf einer gestern von uns gekauften und zur Verfügung gestellten Buttonmaschine herstellen. Es gibt bereits zahlreiche Vorschläge für weitere Buttons, mit denen nicht nur Solidarität ausgedrückt, sondern mit deren Verkauf auch das Spendenkonto aufgefüllt werden soll. Der ASTA der Technischen Universität Berlin hat den Druck von 2000 unserer Plakate übernommen und auch weitere Unterstützung zugesagt. Überall in Berlin sollen diese dazu beitragen, den Kampf der Alcateler bekannt zu machen und wei-

tere Solidarität anzustoßen.

Das besetzte Alcatelwerk ist unterdessen zu einem ständigen Ort kultureller und politischer Veranstaltungen geworden. Delegationen aus vielen Betrieben sowie auch Einzelpersonen kommen, um sich über diesen vorbildlichen Kampf zu informieren, Spenden und ermutigende Grüßbotschaften zu übergeben oder einfach nur mit ihrer Anwesenheit den Alcatelern zu zeigen, dass sie nicht alleine sind.

Und tatsächlich ist der Sprung im Bewusstsein der Belegschaft spektakulär, die bis vor kurzem noch wie in vielen anderen Betrieben in die Sozialpartnerschaft vertraute, Überstunden und Stellenabbau akzeptierte und so auf die „Standortsicherung“ hoffte. Vor drei Monaten war es kaum möglich, auch nur halbstündige Protestkundgebungen gegen den Stellenabbau zu organisieren, von dem weltweit 12.000 der 120.000 Beschäftigten des Multis betroffen sind.

Dieser unerwartete Widerstand führt auch in der Konzernspitze zu einer enormen, kaum zu verheimlichenden Krise über den weiter einzuschlagenden Weg, nicht nur wegen der entgangenen Verkaufserlöse von 600000 DM täglich.

So wechselten auch mindestens 2 KollegInnen das Lager, die bisher im gegenüberliegenden Hotel Estrel mit Vertretern der Konzernspitze und einigen unternehmertreuen Angestellten den Arbeitskampf zu sabotieren versuchten und bei denen unterdessen die Nerven blank liegen. – Unterdessen sind auch fast alle erreichbaren Beschäftigten in der IGM organisiert (vorher waren es um die 20%).

Nichtsdestotrotz ist bei vielen aktiven Alcatelern die Sorge vor einem faulen Kompromiss verbreitet, aber auch die Belegschaft, einen solchen nicht ohne weiteres hinzunehmen. Dies entspricht nicht nur früheren Erfahrungen. Sie spüren auch, dass 150 alleine in Berlin einem profitierigen Weltkonzern nicht unendlich lange trotzen können, dessen Handeln mit der Rechtfertigung der Allmacht der Sachzwänge einer „globalisierten Weltwirtschaft“ die Billigung der meisten Gewerkschaftsführungen und (sozialdemokratischen) Regierungen findet.

Um so wichtiger ist es, eine aktive Solidarität zu organisieren bzw. diese auszudehnen.

Thomas C.

schaft beklagt Mangel an Führungskräften. HB, Donnerstag, 30.9.1999. Vor dem Hintergrund, dass in den nächsten zehn Jahren 700 000 mittelständische Altunternehmer ihre Nachfolger bestimmen müssen, sieht eine Studie der Dresdner Bank, des Instituts für Mittelstandsforchung Bonn und des Magazins „Impulse“ die Situation kritisch, was den passenden Führungsnachwuchs anbelangt. Entgegen der Erwartung, dass in Zeiten hoher Erwerbslosigkeit offene Stellen sehr schnell besetzt werden könnten, würden bei 40 % der Firmen Arbeitsplätze bis zu drei Monate vakant bleiben.

BDI fordert Verringerung der deutschen Klimaschutzverpflichtungen. HB, Freitag/Samstag, 1./2.10.1999. Die deutsche Industrie hat die Bundesregierung dazu aufgefordert, sich für eine Verringerung der deutschen Klimaschutzverpflichtungen einzusetzen. Die veränderten Ausgangsbedingungen machten eine Verminderung des deutschen Beitrags unbedingt erforderlich, heißt es in einem Schreiben von H.-O. Henkel (BDI) an die Bundesregierung. Die Vorsorge zur Verhinderung möglicher Klima-Änderungen dürfe im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung nicht auf ein rein ökologisches Problem reduziert werden, wirtschaftliche Leistungsfähigkeit, soziale Verantwortung und Umweltschutz müssten als gleichrangige Ziele verfolgt werden.

Bahn klagt über Öko-Steuer. HB, Dienstag, 5.10.1999. Die Deutsche Bahn AG lehnt die von der Bundesregierung geplanten weiteren Stufen der Ökosteuer ab. Nach Abzug der eingesparten Lohnnebenkosten verblieben ab dem Jahr 2003 jährlich Nettomehrbelastungen von 400 Mill. DM. In ihrer jetzigen Form gefährdet die Ökosteuer so die bisher erreichten Erfolge der Bahnreform. Da 2003 die Bundeszuschüsse für die Bahn endgültig auslaufen sollen, muss sie ihr Ergebnis bis dahin um rund 1 Mrd. DM verbessern. Eine ökologische Verkehrs-Lenkung könne so nicht stattfinden.

Wirtschaft lobt DGB-Verdienste. HB, Freitag/Samstag, 8./9.10.1999. Die Spitzenverbände der Wirtschaft haben anlässlich des 50jährigen Bestehens des Deutschen Gewerkschaftsbundes dessen Verdienste um den sozialen Frieden gewürdigt. BDI-Präsident H.-O. Henkel lobte die Arbeit des DGB: dieser habe ohne Zweifel erheblichen Anteil daran, dass der gesellschaftliche Wohlstand in Deutschland breit verteilt sei.

Presseausswertung: rst

ITF und ÖTV: „Übermüdung tötet!“

Für bessere Arbeitsbedingungen und kürzere Lenkzeiten hat die ÖTV am 5.10., einem europaweiten Aktionstag, an 40 Standorten zu Protesten aufgerufen; Schwerpunkte waren die Europabrücke Kehl und der deutsch-polnische Grenzübergang Pomellen. Französische und italienische LKW-Fahrer demonstrierten insbesondere gegen die EU-Pläne zur Lockerung des Wochenend-Fahrverbotes. Wir dokumentieren aus einer Presseerklärung der ÖTV Baden-Württemberg:

Kontrollen ergeben immer wieder: 60 bis 80 Stunden in der Woche am Steuer sind keine Seltenheit. Die Gewerkschaften fordern strikte europaweite Regelungen: neun Stunden tägliche und maximal 48 Stunden wöchentliche Arbeitszeit. „Übermüdung ist nicht nur eine Gefahr für die Berufskraftfahrer, sondern für alle Verkehrsteilnehmer“, erklärt der ÖTV-Landesvorsitzende, Rudolf Winterholler. „Vernünftige Arbeitsbedingungen müssen daher dringend gesetzlich verankert und europaweit kontrolliert werden.“ Die Sozialvorschriften werden laut ÖTV zunehmend missachtet. Die Gewerkschaft verwies auf Stichproben-Kontrollen der

staatlichen Gewerbeämter in 106 Güterkraftverkehrs- und Omnibusbetrieben in Baden-Württemberg. Dort waren 1998 für jeweils vier Wochen die Fahrtenschreiber kontrolliert worden. Ergebnis: 71 Prozent der überprüften Fahrer hatten die zulässige Lenkzeit um jeweils mehrere Stunden überschritten. „Dies ist nur die Spitze des Eisbergs“, stellt Winterholler fest. „Der mörderische Wettbewerb in Europa trägt zu solchen Verstößen bei.“ Die ÖTV fordert die Verkehrspolitiker in Brüssel auf, die längst überfällige europäische Arbeitszeitregelung für das Verkehrsgewerbe auf den Weg zu bringen. Die Gewerkschaftsmitglieder sind daher auch empört über Pläne aus Brüssel, das Fahrverbot am Samstag ganz und am Sonntag von null bis sieben Uhr aufzuheben. „Sollen wir unsere Familie aufgeben und uns am Lenkrad zu Tode schuften?“ fragen sie – ganz abgesehen von dem Wochenendchaos, das auf den Straßen entstehen würde. Am 6. Oktober tagt der EU-Verkehrsrat. Ihm wollen die Gewerkschaften mit ihren Protesten die Stimmung unter den Fahrern vermitteln.

Erfurter Güterverkehrszentrum

Billiglohn bei IKEA öffentlich gefördert

Im Erfurter Güterverkehrszentrum (GVZ) verbirgt sich hinter dem Elch-Logo der IKEA ein Logistikzentrum, das von der Hamburger Transportfirma PaulGünther Cargo betrieben wird. Zu den Praktiken beider Unternehmen heißtet in der „Zeit“ vom 4. Juni 1998:

„Die Erschließung des Gewerbegebietes, in dem Ikea sich ansiedelte, war dem Erfurter Wirtschaftsministerium 25 Millionen Mark Förderung wert. Ikea wiederum erhielt für den Bau des Lagers weitere öffentliche Fördergelder aus der Kasse der ‚Gemeinschaftsaufgabe Ost‘. Ikea muss versprechen, Arbeitsplätze zu schaffen. ... Wie die Arbeiter ... bezahlt werden und ob – auf lange Sicht – durch einen Billigjob Ost womöglich zwei normal bezahlte Stellen West wegfallen, dann hat kein Wirtschaftsförderer gefragt.“

Die Schaffung der Arbeitsplätze nahm jedoch nicht Ikea, sondern PaulGünther vor. Nach längeren Bemühungen wurde mit Unterstützung der Gewerkschaft hbv ein Betriebsrat gewählt. Dieser konnte jedoch nicht bewerkstelligen, dass die Beschäftigten, meistens LagerarbeiterInnen, im Sinne von „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ behandelt werden.

Nach wie vor verdient ein Lagerarbeiter bei PaulGünther mit 2.200,- DM/Brutto mehr als 800,- DM weniger als ein Kollege bei der Konkurrenz. Hinzu kommt, dass einige Angestellte im gleichen Hause, die zwar einen Arbeitsvertrag mit PaulGünther haben, aber von

Ikea entlohnt werden, ca. 1.000 DM mehr verdienen als der Kollege, der im gleichen Lager seine Arbeit macht.

Am 2. August forderte die Haustarifkommission der Gewerkschaft hbv die Geschäftsführung auf, Haustarifverhandlungen aufzunehmen. Da nach mehr als sieben Wochen diese keine Verhandlungsbereitschaft zeigt, hat die hbv-Haustarifkommission am 18. September beschlossen, dass es für den Fall, dass bis zum 23. September nicht zu Verhandlungen kommt, Arbeitskampfmaßnahmen eingeleitet werden.

Nach mehrwöchigen Hin- und Her wurden am 5. Oktober dann endlich zwischen der Gewerkschaft hbv und der Geschäftsführung der PaulGünther Cargo GmbH Haustarifverhandlungen aufgenommen. Nach mehrstündiger Verhandlung vertagten sich die Tarifvertragsparteien ergebnislos auf den 20. Oktober. Die Gewerkschaft hbv werde bis dahin einen Tarifentwurf vorlegen, der eine wesentliche Annäherung an den Branchentarifvertrag Großhandel. „Ein Konsens wird nur zu finden sein, wenn die Geschäftsführung einen Haustarifvertrag unterschreibt, der der Ungleichbehandlung ein Ende macht und auf mittlere Sicht eine Annäherung auf tarifgebundene Konkurrenzunternehmen ermöglicht. Öffentlich geförderten Billiglohn wird die Gewerkschaft hbv nicht hinnehmen!“, erklärte der Verhandlungsführer der Gewerkschaft hbv, Angelo Lucifer.

Angelo Lucifer, Quelle: CL-Netz

Ökosteuer

Umverteilung zu Lasten Gering-verdienender

Den folgenden Artikel entnahmen wir aus:
Titel, Informationsforum der PDS Bayern, Oktober 1999.

Der zweiten Stufe der Ökosteuerreform von Rotgrün mangelt es nicht nur an ökologischen Lenkungswirkungen, sie ist auch zutiefst ungerecht.

Aus der mittelfristigen Finanzplanung des Bundes ergibt sich, daß die Senkung der Rentenversicherungsbeiträge bis zum Jahre 2003 im Rahmen dieser Reform nur 1,4 Prozent betragen wird.

Rechnet man die dann zu erwartenden Energie- und Mineralölsteuern im Jahre 2003 gegen die Entlastung durch die Senkung der Rentenbeiträge, so gehen Familien mit mehr als drei Personen im Nettoeffekt nicht nur leer aus – sie zahlen noch kräftig drauf. Und zwar umso mehr, je weniger sie verdienen.

Eine dreiköpfige Familie müßte ein sozialversicherungspflichtiges Einkommen von monatlich mindestens 7500 DM Brutto beziehen, um in den Genuss einer Nettoentlastung zu kommen. Haushalte mit einem Einkommen von weniger als 4300 DM sind allesamt Verlierer der Ökosteuerreform. Beispielsweise büßt eine fünfköpfige Familie mit 4000 DM Bruttoeinkommen monatlich etwa 45 DM ein. Transferbezieher, wie Studenten und Sozialhilfeempfänger, trifft es härter, denn sie können nicht an der Senkung der Rentenbeiträge partizipieren.

Andererseits wird die Nettoentlastung der Wirtschaft schon bei der ersten Stufe der Ökologischen Steuerreform 3 Milliarden DM betragen. Bis 2003 werden dann Milliardenbeträge im zweistelligen Bereich in die Firmenkassen gespült, denn das produzierende Gewerbe wird mehrfach entlastet: Ein Betrieb bekommt durch die Gesetzeskonstruktion 96 Prozent der Strom- oder Mineralölsteuern, die er über 1000,- DM zu zahlen hätte, zurück. An der Senkung der Lohnnebenkosten verdient das Unternehmen hingegen ohne Beschränkung. Ein Lenkungseffekt für die Umwelt dürfte so weitgehend ausgeschlossen, die Unternehmensentlastung dagegen garantiert sein.

Eva Bulling-Schröter, MdB, umweltpolitische Sprecherin PDS, Tel. (030) 227 75 663, Fax (030) 227 76 656, eMail: eva.bulling-schroeter@bundestag.de

Die PDS-Bundestagsfraktion ist gegenwärtig die einzige Institution ist, die eine nachvollziehbare Be- und Entlastungsrechnung der zweiten Stufe der Ökosteuerreform vorlegt (siehe Tabellen).

Aus der Analyse der mittelfristigen Finanzplanung im Entwurf des Bundeshaushalts ergibt sich, das die Senkung der Rentenversicherungsbeiträge bis zum Jahre 2003 im Rahmen der Ökosteuerreform von Rot-Grün nicht – wie ursprünglich diskutiert – 2 Prozent, sondern nur 1,4 Prozent betragen wird.

Rechnet man die zu erwartenden Energiesteuern im Jahre 2003 gegen die Entlastung durch die Senkung der Rentenbeiträge, dann gehen Familien mit mehr als drei Personen mit dieser Ökosteuerreform im Nettoeffekt nicht nur leer aus, nein, sie zahlen noch kräftig drauf. Und zwar um so mehr; je weniger sie verdienen!

Eine dreiköpfige Familie müßte ein sozialversicherungspflichtiges Einkommen von monatlich mindestens 8000 DM beziehen, um in den Genuß einer Nettoentlastung zu kommen. Haushalte mit einem Bruttoeinkommen von weniger als 4000 DM sind allesamt Verlierer dieser sogenannten Ökosteuerreform. Transferbezieher, wie Rentner und Studenten, haben noch eine zusätzliche Mehrbelastung zu tragen. Sie können ja überhaupt nicht an der Senkung der Rentenbeiträge partizipieren.

Weiterhin hat der Förderkreis für die Ökologische Steuerreform München bekannt gegeben, daß die Nettoentlastung der Wirtschaft schon bei der ersten Stufe der Ökologischen Steuerreform 3 Milliarden DM betragen wird. Bis 2003 wird das in den zweistelligen Bereich hineinwachsen. Dahinter steckt nichts anderes, als eine Umverteilung dieser Summen von unten nach oben

Die Entlastung resultiert u.a. aus folgender Absenkungs- und Verrechnungsmöglichkeit: Soweit die zusätzliche Steuerbelastung auf Strom und Heizstoffe jeweils 1 000 DM im Jahr übersteigt, gelten dafür auf 20% ermäßigte Sätze (ausgenommen Kraftstoffe). Darüber hinaus können Unternehmen des produzierenden Gewerbes sich weiter entlasten: Die Stromsteuer und die Mineralölsteuer werden rückerstattet, soweit zusätzliche Steuerzahlungen die Entlastung beim Arbeitgeberanteil zur Rentenversicherung um mehr als 20 % übersteigen. Daraus ergibt sich, daß Unternehmen im produzierenden Gewerbe – hier gibt es die größten Energieverbraucher – 96 Prozent ihrer Strom- oder Mineralölsteuern, die sie über 1000,- DM zu zahlen hätten, rückerstattet bekommen. während sie praktisch unbegrenzt an der Senkung der Lohnnebenkosten partizipieren können.

Das Ganze ist nichts anderes, als ein Raubzug gegen alle Haushalte, die weniger als 4000 DM im Monat Einkommen beziehen! Ein Vier-Personen-Haushalt an der unteren Einkommensgrenze zahlt also schon die Hälfte dessen, was beispielsweise ein Unternehmen kurz über der Bemessungsgrenze von 1000 DM im Jahr zu entrichten hat! Dazu kommt bei größeren Firmen noch die beschriebene zusätzliche Entlastung von Lohnnebenkosten. Ein Lenkungseffekt für die Umwelt dürfte also auch aus diesem Grund – jedenfalls im Unternehmenssektor – ausgeschlossen sein. Die Umverteilungsmechanik ist dagegen garantiert.

Inzwischen hat auch das DIW die Lenkungswirkung dieser Reform kritisiert. Selbst das Umweltbundesamt befürchtet unter dem Strich infolge der Liberalisierung der Strommärkte (nach anderen Schätzungen Preissenkungen von zirka 10–20 Prozent für private Haushalte, aber um ein Drittel für Unternehmen) eher eine Erhöhung des Stromverbrauchs.

Das DIW hat übrigens auf Anfrage die Plausibilität unsere Tabellen bestätigt.

Eure Eva, Uwe Witt und Götz Renger

	Variante A	Variante B	Variante C	Variante D	Variante E
1 Person; 52 Quadratmeter Wohnfläche, 1 Auto	2 Personen; 68 Quadratmeter Wohnfläche, 1 Auto	3 Personen; 76 Quadratmeter Wohnfläche, 1 Auto	4 Personen; 80 Quadratmeter Wohnfläche, 1 Auto	5 Personen; 100 Quadratmeter Wohnfläche, 1 Auto	
Gesamte Mehrbelastung durch Anhebung der Energiesteuern in DM	30,60	42,71	52,83	61,94	71,57
Brutto-monatslohn in DM	Senkung des halben RV-Beitrags* um 0,7% in DM	Nettoeffekt einer Senkung der Rentenversicherungsbeiträge und Anhebung der Energiesteuern in DM (Entlastung +, Mehrbelastung -)			
1800	12,60	-18,00	-30,11	-40,23	-49,34
2000	14,00	-16,60	-28,71	-38,83	-47,94
2500	17,50	-13,10	-25,21	-35,33	-44,44
3000	21,00	-9,60	-21,71	-31,83	-40,94
3500	24,50	-6,10	-18,21	-28,33	-37,44
4000	28,00	-2,60	-14,71	-24,83	-33,94
4500	31,50	0,90	-11,21	-21,33	-30,44
5000	35,00	4,40	-7,71	-17,83	-26,94
5500	38,50	7,90	-4,21	-14,33	-23,44
6000	42,00	11,40	-0,71	-10,83	-19,94
6500	45,50	14,90	2,79	-7,33	-16,44
7000	49,00	18,40	6,29	-3,83	-12,94
7500	52,50	21,90	9,79	-0,33	-9,44
8000	56,00	25,40	13,29	3,17	-5,94
8500	59,50	28,90	16,79	6,67	-2,44
und mehr	59,50	28,90	16,79	6,67	-2,44
					-12,07

* Arbeitnehmer-Anteil; Annahme: nur Absenkung des Beitragssatzes für die Rentenversicherung; ab Beitragsbemessungsgrenze in Westdeutschland von 8500 DM und Beitragsbemessungsgrenze von 7200 in Ostdeutschland (1999) gleiche Beiträge. Die Beiträge zur Rentenversicherung betrugen zu Beginn des Jahres 1999 noch 20,3%. Seit 1.4.1999 wurde der Beitrag auf 19,5% gesenkt. In den kommenden Jahren sollen die Beiträge wie folgt sinken: Im Jahr 2000 auf 19,1%; im Jahr 2001 auf 18,9%; im Jahr 2002 auf 18,7% und im Jahr 2003 steigen sie wieder auf 18,9%. Der Arbeitnehmeranteil beträgt jeweils die Hälfte und soll somit von 1999 bis 2003 um rund 0,7 v.H. absinken.

Wirkung der II. Stufe der Ökosteuerreform für das Jahr 2003 (Basis 1999) durch die Erhöhung der Energiesteuern					
	Variante A	Variante B	Variante C	Variante D	Variante E
1 Person; 52 Quadratmeter Wohnfläche, 1 Auto	2 Personen; 68 Quadratmeter Wohnfläche, 1 Auto	3 Personen; 76 Quadratmeter Wohnfläche, 1 Auto	4 Personen; 80 Quadratmeter Wohnfläche, 1 Auto	5 Personen; 100 Quadratmeter Wohnfläche, 1 Auto	
Monatlicher Stromverbrauch; kWh*	125	210	265	305	330
Mehrbelastung bei 4 Pf/l incl. Mwst, DM	5,80	9,74	12,30	14,15	15,31
Monatlicher Heizölverbrauch; Liter**	85	111	124	130	163
Mehrbelastung bei 4 Pf/L incl. Mwst. seit der I Stufe in 1999, DM	3,92	5,13	5,73	6,03	7,54
Monatlicher Benzinverbrauch; Liter*	60	80	100	120	140
Mehrbelastung bei + 30 Pf/L incl. Mwst, DM	20,88	27,84	34,80	41,76	48,72
gesamte Mehrbelastung durch Anhebung der Energiesteuern, DM	30,60	42,71	52,83	61,94	71,57
*) eigene Schätzungen					
**) eigene Schätzungen; bezogen auf eine Mietwohnung in den alten Bundesländern mit 19,5 l durchschnittlicher Verbrauch pro Quadratmeter Wohnfläche pro Jahr, verteilt über 12 Monate. Einfamilienhäuser können einen bis zu 100% höheren Verbrauch ausweisen.					

Strafanzeige: Mercedes soll in Argentinien an Verbrechen der Junta beteiligt gewesen sein

Der Dachverband Kritischer AktionärlInnen Daimler-Chrysler fordert „lückenlose Aufklärung und sofortige Beurlaubung“ des Mercedes-Mitarbeiter Juan Tasselkraut. Der KAD begründet dies mit der Strafanzeige gegen den Ex-Geschäftsführer der argentinischen Mercedes-Benz-Niederlassung in González Catán, der 1977 für die Verhaftung mehrerer bis heute „verschwundener“ Gewerkschaftsaktivisten verantwortlich gewesen sei. Der Dachverband fordert den Vorstand des Daimler-Chrysler-Konzerns auf, die Staatsanwaltschaft bei der „lückenlosen Aufklärung der zum Himmel schreien Vorgänge“ in der argentinischen Niederlassung zu unterstützen.

Wir dokumentieren ausführlich aus der Strafanzeige, die der Republikanische Anwältinnen- und Anwälteverein e.V. gestellt hat, da sie einen Einblick in das Treiben des Daimler-Konzerns gewährt und auch viele Informationen über die Hintergründe der Militärdiktatur in Argentinien während der Jahre 1976 bis 1983 bietet.

Berlin, 27.09.1999/JSC

Strafanzeige und Antrag nach § 13 a StPO

Namens und in Vollmacht des Bundesvorstandes des Republikanischen Anwältinnen- und Anwälteverein e.V. (RAV) erstatte ich Strafanzeige wegen sämtlicher in Betracht kommender Straftatbestände (namentlich Mord, Geiselnahme und Gefährliche Körperverletzung) wegen der nachfolgend geschilderten Sachverhalte, die sich während der argentinischen Militärdiktatur (1976 bis 1983) zu trugen.

Ich bitte um Zuleitung der vorliegenden Strafanzeige an die Generalbundesanwaltschaft bzw. an den Bundesgerichtshof, damit dieser im Rahmen des Verfahrens nach § 13 a StPO das zuständige deutsche Gericht bestimmen kann. Es wird beantragt, das Landgericht Berlin als das zuständige gemäß § 13 a StPO zu bestimmen, da der Kanzleisitz des Unterzeichnenden in Berlin ist. (...)

Die Strafanzeige richtet sich zunächst gegen die beiden noch überlebenden Ex-Junta-Mitglieder:

1. gegen Jorge Rafael Videla, damaliger Oberkommandierender des Heeres, geboren am 02.08.1925 in Mercedes, wohnhaft Barera 166, 8°A, Buenos Aires, Argentinien,

2. gegen Emilio Eduardo Massera, damaliger Oberkommandierender der See-

streitkräfte, geboren am 19.10.1925 in Paraná, wohnhaft Avenida Callao 1307. Buenos Aires, Argentinien,

3. gegen den damaligen Werksleiter der Mercedes-Niederlassung in González Catán, Buenos Aires, Juan Tasselkraut, weitere Personalien zur Zeit unbekannt, zu laden über Daimler Chrysler, Niederlassung González Catán/ Buenos Aires, Argentinien,

4. sowie gegen unbekannte weitere damals Verantwortliche der Mercedes Benz/ heute Daimler-Chrysler-Niederlassung in González Catán, Buenos Aires sowie die damaligen Verantwortlichen bei Mercedes Benz/ heute Daimler Chrysler im Muttersitz des Konzernes in Untertürkheim/ Deutschland.

Sachverhalt

Zum Verständnis des Hintergrundes des Tatgeschehens soll im folgenden in Kürze auf das historische Geschehen in Argentinien eingegangen werden (I.), unter (II.) auf die Repression gegen Gewerkschafter im besonderen und abschließend unter (III.) das hier in Rede stehende Tatgeschehen abgehandelt werden.

I. Ereignisse während der argentinischen Militärdiktatur (1976 bis 1983)

In den vierziger und fünfziger Jahren war Argentinien aufgrund seiner Agrarexporte, in erster Linie aufgrund des Fleischhandels, ein wohlhabendes Land, das von 1946 bis 1955 von dem populistischen Präsidenten General Juan Domingo Perón regiert wurde. Nach einem Militärputsch 1955 musste Perón nach Spanien fliehen. In der Folgezeit kam es immer wieder zu Militärputschen nach Wahlen. Von 1966 bis zum 25. Mai 1973 waren hintereinander drei Militärdiktatoren an der Macht. Aufgrund des großen Drucks der Bevölkerung, insbesondere der unabhängigen Gewerkschaften sowie der Studenten, wurde unter Führung der peronistischen Bewegung eine erneute demokratische Wahl erzwungen. Der dabei zunächst gewählte Präsident Cámpora trat zurück, nachdem der aus dem Exil zurückgekehrte General Perón aufgrund einer allgemeinen Volksabstimmung am 12. Oktober 1973 die Präsidentschaft übernahm. Perón verstarb am 1. Juli 1974. Die Präsidentschaft übernahm seine Frau Isabel Perón.

Das Land war seit den späten sechziger Jahren von schweren gesellschaftlichen Auseinandersetzungen gezeichnet.

Das Verbot jeder freien politischen Betätigung sowie eine restriktive Wirtschaftspolitik hatten zahlreiche gesellschaftliche Bewegungen zum Widerstand gegen die Militärs mobilisiert. Ein Arbeiter- und Studentenaufstand 1969 in der Provinzhauptstadt Córdoba konnte nur durch den Einsatz von Militärs niedergeschlagen werden. Seit dieser Zeit bildeten sich auch einzelne bewaffnete Gruppierungen, von denen die bedeutendste die Montoneros waren, eine Abspaltung aus der linksperonistischen Bewegung, die sich auf den damals noch im Exil befindlichen und um seine Wiederkehr kämpfenden General Perón berief und äußerst mobilisierungsfähig war. Nach der Übernahme der Macht durch den zivilen Präsidenten Cámpora im Frühjahr 1973 wurde zunächst eine Vielzahl von politischen Gefangenen freigelassen. Die gesellschaftliche Lage beruhigte sich. Die linksperonistische Jugend übernahm zahlreiche Funktionen im Staatsapparat. Dabei geriet sie allerdings in Konflikt mit dem anderen Flügel der Peronisten, deren bedeutendster Exponent der spätere Wohlfahrtsminister López Rega war. Zur ersten größeren Auseinandersetzung kam es bei der Rückkehr von General Perón aus Spanien am 20. Juli 1973. Die Linksperonisten hatten ungefähr zwei Millionen Menschen am Flughafen Ezeiza versammelt, um den Präsidenten zu begrüßen. Bewaffnete Vertreter von rechtsextremen Gruppen des Peronismus eröffneten das Feuer auf die Menschenmenge. Es gab dreizehn Tote und zweihundert Verletzte. Seit diesem Ereignis kam es zu gewaltigen Spannungen zwischen den beiden Strömungen des Peronismus. In deren Verlauf gründeten die Gruppierungen um López Rega die inoffizielle Todesschwadronen, die sogenannte Argentinische Antikommunistische Allianz (AAA) und paramilitärische Banden. Diese griffen insbesondere die Exponenten der anderen Strömungen des Peronismus an. Allein im Jahre 1974 wurden etwa dreihundert Menschen durch Todesschwadronen getötet, bei den Opfern handelt es sich überwiegend um Studenten, Rechtsanwälte, Journalisten und aktive Gewerkschafter. In den sogenannten „Comandos Liberares de America“ hatten sich auch Armeeoffiziere niederer Ränge zusammengetan, um gemeinsam gegen Linke vorzugehen. (...)

Ab 1974 begaben sich die peronistischen Montoneros wieder in den Untergrund. Gleichzeitig organisierte sich mit der ERP (Revolutionäre Volksarmee) eine

Guerilla-Gruppe, die aus der PRT (Revolutionäre Arbeiterpartei) hervorging und in der ländlichen Provinz Tucuman den bewaffneten Kampf betrieb.

Das Militär setzte daraufhin die Präsidentin Perón unter Druck und brachte diese dazu, zahlreiche Ausnahme- und Sondergesetze zu unterzeichnen. So wurde am 5. Februar 1975 das Dekret 261/75 erlassen, in dem der Generalstab des Heeres autorisiert wurde, alle notwendigen militärischen Operationen durchzuführen, „um die subversiven Elemente in der Provinz Tucuman zu neutralisieren oder zu vernichten“. (...)

Am 28. Oktober 1975 wurde der geheime Kampfbefehl der Armee 404/75 verteilt. Ausgestattet mit der Ermächtigung der Präsidentin, beschloss die Armee in die Offensive zu gehen, deren Ziele wie folgt lauteten:

1. bis Ende 1975 sollten die Aktionen der Subversion auf ein Minimum begrenzt werden,

2. bis Ende 1976 sollte die Subversion nur noch ein polizeiliches Problem sein,

3. bis Ende 1977 sollte die Subversion vernichtet werden.

Nach Schätzung eines spanischen Militärsoziologen zählten die PRT-ERP damals sechshundert und die Montoneros etwa 1500–2000 bewaffnete Kämpfer. Die Sicherheits- und Streitkräfte hatten zu diesem Zeitpunkt etwa 300.000 Menschen unter Waffen. Durch die harte und erfolgreiche Repression in der Provinz Tucuman und einen weiteren militärischen Fehlschlag der Guerilla (Versuch einer Kasernenbesetzung im Oktober 1975) war die PRT-ERP 1975/76 militärisch praktisch schon gescheitert. Selbst argentinische Militärberichte von 1975/76 hatten bereits festgestellt, dass der Gegner von der Bevölkerung isoliert, seiner Infrastruktur beraubt und fort schreitend verschlissen sei. Nichtsdestotrotz wurden weitere Ermächtigungen für die Armee ausgestellt.

So häufen sich mittlerweile auch die Dokumente und Analysen, die davon ausgehen, dass die Armee ihr militärisch-politisches Ziel der Besiegung der bewaffneten linken Gruppierungen bereits vor dem Putsch erreicht hatte. Sie hatte fast uneingeschränkte gesetzliche Möglichkeiten und tatsächliche Ressourcen, um das selbst so definierte polizeiliche Problem in den Griff zu kriegen. Es stellt sich jedoch heraus, dass ihre Planungen von Anfang an wesentlich weitergingen. Es sollte das nachfolgend geschilderte Terrorregime installiert und die gesamte Opposition nach festgelegten Stufenplänen bis hin zu potentiellen Gegnern physisch ausgelöscht werden (vgl. dazu u.a. den Aufsatz der Menschenrechtsanwältin Mirta Mántaras, El Manual de la Represión in: Pagina 12 vom 24. März 1999, in dem sie sich auf einen mittlerweile auch im Internet unter www.nuncamas.org veröffentlichten Plan der Armee „Plan Del Ejercito“ bezieht).

In den schlchten und klaren Worten

des ersten Junta-Chefs Jorge Rafael Videla heißt es dazu:

„Ein Terrorist ist nicht einfach jemand mit einem Gewehr oder einer Bombe, sondern auch jemand, der Gedankengut verbreitet, das sich gegen die westliche und christliche Zivilisation richtet.“

Am 24. März 1976 kam es dann zum Militärputsch. Die Präsidentin Isabel Perón wurde entführt und auf eine Militärbasis verbracht. Die Oberkommandierenden der drei Teilstreitkräfte, General Videla, Admiral Massera und der inzwischen verstorbene Brigadegeneral Agosti bildeten eine Militärjunta, die die Macht übernahm. (...)

II. Besondere Repressionen gegen Gewerkschafter

Bezüglich der Darstellung der Repression gegen Gewerkschafter soll Bezug genommen werden auf die wohl umfassendste Darstellung des Repressionsapparates der Diktatur in Argentinien, den Abschlußbericht „Nunca más“ der CONADEP (Comisión Nacional sobre Desaparición de personas – Kommission zur Untersuchung des Verschwindens von Personen). Diese Kommission wurde nach Wiederherstellung der Demokratie unter der Regierung Alfonsín durch das Dekret Nummer 187 vom 15.12.1983 eingerichtet. Es handelt sich um eine aus Honorationen zusammen gesetzte Kommission, die Tausende von Dokumenten, Anhörungen, Berichte und Befunde in einem Abschlußbericht zusammenfasste und bewertete. Dieses Dokument ist auch in deutscher Sprache veröffentlicht worden („Nie wieder! – Ein Bericht über Entführung, Folter und Mord durch die Militärdiktatur in Argentinien“ herausgegeben vom Hamburger Institut für Sozialforschung, Stuttgart 1987). Dort wird der im vorherigen Kapitel getroffene historisch-soziologische Befund untermauert, dass nämlich Ideologie und Praxis der Militärdiktatur nur scheinbar ausschließlich gegen die sogenannte bewaffnete Subversion, also die bewaffneten Guerilleros gerichtet war. Diese waren aber zum Zeitpunkt der Machtergreifung durch die Militärdiktatur im März 1976 bereits so geschwächt, dass man davon ausgehen muss, dass die Repression die oben angesprochenen weiteren gesellschaftlichen Bereiche treffen sollte. Folgerichtig wird in dem CONADEP-Bericht darauf hingewiesen, dass ungefähr 30% aller Gefangenen/Ver schwundenen Arbeiter und 17,9% Ange stellte waren. Die Repression betraf also zu einem großen Teil Arbeiter und Ange stellte.

Ideologische Grundlage war dabei der Geheimerlass 504/77 (Fortsetzung der Offensive gegen die Subversion) namentlich die Richtlinien 222 aus 76 (Pilotoperation im industriellen Bereich):

„Das Heer wird in Bestimmung mit den für diesen Bereich zuständigen staatlichen Organen gezielt auf Industrieun

ternehmen und Staatsbetriebe einwirken, um die aus den Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern entstehenden Konfliktsituationen zu neutralisieren, die durch die Subversion provoziert worden sind oder durch sie ausgenutzt werden konnten, um auf diese Weise aufrührerische Agitationen und Aktionen der Massen zu verhindern und zum effizienten funktionierenden Produktionsapparates des Landes beizutragen.“

Der damalige Arbeitsminister, General Horacio Tomas Liendo bringt es auf den Punkt, wenn er ausführt:

„In Bezug auf die Subversion im Industriebereich wissen wir, dass hier eine intensive und aktive Terror- und Einschüchterungskampagne im Arbeitssektor sich zu entfalten beabsichtigt. Um sie zu bekämpfen und zerstören zu können, ist es notwendig zu wissen, wie die Subversion in den Fabriken agiert. Ihre Vorgehensweise ist die Indoktrinierung von Einzelnen und Gruppen, sie versucht die Arbeiterklasse für sich einzunehmen, indem sie sich an die Spitze der in diesem Sektor erhobenen falschen Forderung stellt; sie schürt künstliche Konflikte, um eine Konfrontation mit den Arbeitnehmern zu erreichen und verleumdet die echten Arbeiterführer. Dagegen haben Regierung und Streitkräfte alle verfügbaren Mittel aufgeboten. Sie unternehmen die größten Anstrengungen, um die Freiheit der Arbeit, die familiäre und persönliche Sicherheit von Unternehmern und Arbeitern sowie die Vernichtung des Feindes von allem zu gewährleisten. Man muss aber auch an jene denken, die sich von der normalen Entwicklung des Prozesses fernhalten und dem Streben nach Vorteilen für sich selbst oder ihren Sektor zu Komplizen der Subversion werden sowie an jene, die es nicht wagen, die Verantwortung zu übernehmen, die ihnen diese Situation auferlegt.“ (...)

III. Die Verschwundenen von Mercedes Benz

Von diesem allgemeinen Befund ausgehend recherchierte die Journalistin Dr. Gabriele Weber (...) über „Die Verschwundenen von Mercedes Benz Argentinien“ und gelangte dabei zu Ergebnissen, die nach hiesiger Auffassung den Anfangsverdacht für Straftaten der oben genannten Personen begründen ...

Die Ergebnisse der Recherche lauten in Kürze wie folgt:

In dem Mercedes-Benz-Werk in González Catán / Buenos Aires gab es wie bei vielen anderen großen Betrieben linke/unabhängige Betriebsräte, die sich für bessere Arbeitsbedingungen und eine höhere Entlohnung der Belegschaft einsetzen. Diese unabhängigen Betriebsräte standen im scharfen politischen Gegensatz zu den offiziellen Gewerkschaften der Automobilarbeiter, die mit den Werksleitungen kooperierten. Sie waren daher vor und besonders nach dem Mi

litärschlag am 24. März 1976 Ziel von Repressionen. Bei Mercedes Benz blieben bis zum heutigen Tage mindestens acht der aktiven Betriebsräte verschwunden. Es handelt sich dabei um die Personen Vizzini, Reimer, Gigena, Arenas, Nunez, Belmonte, Del Conte sowie Hugo Ventura. Bei Esteban Reimer handelt es sich um einen deutschen Staatsbürger, so dass insoweit die Zuständigkeit der deutschen Strafjustiz gemäß § 7 StGB ohne weiteres gegeben ist.

Als eine ihrer Quellen zitiert Frau Dr. Weber die hinterbliebene Witwe von Esteban Reimer, Frau Maria Luján Reimer. Sie berichtet ausweislich des Manuskriptes, dass Anfang 1977 die Proteste der Arbeiter wegen Verhandlungen mit der Geschäftsleitung ausgesetzt worden waren. Am 4. Januar 1977 seien ihr Mann, Esteban Reimer sowie der ebenfalls verschwundene Hugo Ventura in die Zentrale von Mercedes Benz zitiert worden. Sie hätten einen langen Forderungskatalog der Arbeiter dabei gehabt. Am Abend des 4. Januar 1977 sei ihr Mann nach Hause gekommen und hätte ihr berichtet, dass die Gespräche mit den Managern harmonisch verlaufen seien und die Arbeitgeber alle Forderungen akzeptiert hätten. Er habe angemerkt, dass hier etwas faul sei und sich gefragt, warum sie sich nach den erbitterten Kämpfen der Vergangenheit plötzlich kampflos dem Willen der Arbeiter beugten. In der selben Nacht wurde Esteban Reimer von neun bewaffneten Männern in Zivil entführt, die vorgaben, im Auftrag des 1. Heereskommandos zu handeln. Die Witwe notierte das Kennzeichen des Autos, mit dem ihr Mann abtransportiert wurde. Dabei stellte sich später heraus, dass es sich tatsächlich um ein Auto handelte, das auf einen Hauptmann der Armee zugelassen worden war. Am nächsten Tag erfuhr die Witwe, dass der andere Betriebsrat Hugo Ventura ebenfalls in der selben Nacht verschleppt worden war.

Weiterhin stellte sich heraus, dass Mercedes Benz etwa zehn Jahre lang den Hinterbliebenen der genannten acht verschwundenen Betriebsräte eine Art Rente auszahlte. Der Grund für diese Rente wurde nach Angaben der Schwester des verschwundenen Hugo Ventura, Maria Ester Ventura nie genannt. Für sie ist jedoch klar, dass die Firma damit einen Teil der Verantwortung an der Ermordung der Arbeiter übernommen hat. Als weiteres Indiz nannte Maria Ester Ventura, dass die Militärs, als sie ihren Bruder am 4. Januar 1977 abholten, nach Victor Hugo fragten. So hieß er aber nur offiziell gegenüber der Firma, seine Freunde nannen ihn Hugo.

Neben der schon erwähnten deutschen Staatsangehörigkeit eines der Opfer, nämlich Esteban Reimer, hatte zumindest einer der Verantwortlichen von Mercedes Benz, der damalige Betriebsleiter Juan Tasselkraut die deutsche Staatsangehörigkeit, so dass auch insoweit die geschilderten Sachverhalte der deutschen

Gerichtsbarkeit nach § 7 StGB unterliegen.

Nach der in der Radiosendung wiedergegebenen Zeugenaussage des selber zwischenzeitig entführten und gefolterten Héctor Ratto war der Werksleiter Juan Tasselkraut selbst unmittelbar in Repressionshandlungen verwickelt. Ratto schilderte, dass sowohl der Werkssicherheitsdienst als auch Polizisten in Zivil auf dem Werksgelände agieren konnten. Er schildert in der zitierten Radiosendung, dass vor seiner eigenen Festnahme man kurz zuvor den Versuch unternommen hatte, ihn durch einen angeblichen Anruf seiner Frau wegen eines Notfalls vom Werksgelände zu locken, um ihn so besser verschleppen zu können. Er hätte jedoch diese Falle erkannt und wurde daraufhin zum Werksleiter Tasselkraut in das Büro gebeten, wo bereits zwei Polizisten in Zivil auf ihn warteten. Diese wollten ihn sofort mitnehmen. Da der Werksleiter jedoch in dem Moment Unruhe im Betrieb vermeiden wollte, wurde Héctor Ratto erst am Abend durch Angehörige des Heeres verschleppt. Er wurde dann mehrere Monate in Folterzentren festgehalten und dort mit Elektroschocks gefoltert. Monatelang konnte er seine Arme nicht mehr bewegen. Er leidet bis heute unter den Spätfolgen der ihm zugefügten Tortur.

Héctor Ratto schildert, dass Juan Tasselkraut in seinem Beisein den Polizisten in Zivil die Adresse eines weiteren unabhängigen Betriebsrates die von Diego Núñez nannte. Diego Núñez wurde in der folgenden Nacht in seiner Wohnung verhaftet, in das Folterzentrum Campo de Mayo gebracht und dort ermordet. Das Aushändigen der Adresse durch Juan Tasselkraut stellt zumindest eine Beihilfe dar. Denn Herr Tasselkraut handelte vorsätzlich. Er wusste, was die Sicherheitsorgane mit den entführten Personen anstellten. Gegenüber der Journalistin, Frau Dr. Weber ließ er sich dazu im Frühjahr 1999 retrospektiv wie folgt ein: „Ja, wer einigermaßen sich auskannte in Argentinien, der wusste klar, dass gegen jede menschlichen Sinne, gegen jedes Menschenrecht in Argentinien Leute beseitigt wurden.“

Die Angaben von Héctor Ratto führten 1985 im Prozess gegen die Verantwortlichen Militärs mit dazu, dass diese verurteilt werden konnten. (...)

Damit ist nach hiesiger Auffassung zumindest der Anfangsverdacht gegen den damaligen Betriebsleiter von Mercedes Benz Buenos Aires/Argentinien in der Beteiligung von der Ermordung und einem Verschwindenlassen von unabhängigen Betriebsräten gegeben. Weitere Verantwortliche sind zu ermitteln, da nicht davon auszugehen ist, dass der Werksleiter Tasselkraut aus alleinigem Antrieb und in alleiniger Initiative handelte. (...) Kaleck, Rechtsanwalt und Mitglied des Bundesvorstandes des RAV (Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte für Demokratie und Menschenrechte)

Sommerschule 99 / AG Geschichte

Nachdem wir in den Politischen Berichten 18 die Berichte aus den AGs Philosophie und Wirtschaft veröffentlicht haben, folgt hier der Bericht aus der AG Geschichte.

Die AG Geschichte beschäftigte sich in Fortsetzung ihrer Verfassungsdiskussion vom Winter mit dem Recht auf Eigentum.

Als erster Schwerpunkt wurde die Herausbildung des Rechts auf Privateigentum in der bürgerlichen Gesellschaft und der Niedergang des Feudalismus behandelt. Hierzu wurde das 1. Buch von Rousseaus „Gesellschaftsvertrag“ gelesen. Der praktische Weg der Herausbildung des Rechts auf Privateigentum wurde anhand der französischen Revolution nachvollzogen, hierzu lagen Ausschnitte aus dem Buch „Die große Revolution der Franzosen“ von Helmut Markow vor. Den Abschluss des ersten Schwerpunktes bildete das Kapitel „Gewalttheorie“ aus Engels „Antidühring“.

Den zweiten Schwerpunkt bildete die Diskussion um den Eigentumsbegriff im Grundgesetz. Hierzu lagen ein Text von Gerhard Stuby aus der Zeitschrift „Demokratie und Recht“ mit dem Titel „Der Eigentumsbegriff des Grundgesetzes und seine normativen Anforderungen für die Gegenwart“, die entsprechenden Grundgesetzartikel sowie Protokollausschnitte aus dem Parlamentarischen Rat von 1949 vor.

Im dritten Schwerpunkt wurde die Problematik des Wohneigentums und seiner Entwicklung anhand des Eigenheimes behandelt. Hierzu diskutierten wir auf der Grundlage eines Ausschnittes aus dem Buch „Der Einzige und sein Eigentum“ von Pierre Bourdieu sowie anhand aktueller Zahlen der Entwicklung des Eigenheimbaus aus dem Landkreis Altenburg von 1990 bis 1998.

Den Abschluss des diesjährigen Geschichtskurses der Sommerschule bildete die Diskussion zu einem Material von Holger Hänsgen „Eigentum in den Verfassungen seit 1794 bis heute“. Dieses Material ist ein Ausschnitt aus der sehr umfangreichen Arbeit Holgers zur Verfassungsgeschichte.

Die Diskussion zu den einzelnen Schwerpunkten wurde protokolliert.

Der Geschichtskurs der Winterschule 2000 wird sich gewissermaßen in Fortsetzung dieser Diskussion mit dem Genossenschaftswesen als einer Form von Eigentum beschäftigen. Der Kurs wird jedoch so angelegt sein, dass auch Neulinge mitreden und mitstreiten können. Die Vorbereitung des Kurses findet am 30.10.99 um 13.00 Uhr im Thüringer Landtag im Büro der PDS-Abgeordneten Heide Wildauer statt.

Berichterstattung: Mario Hesselbarth

Zur Entscheidung **Uwe Hikschs, aus der SPD auszutreten und deren Bundestagsfraktion zu verlassen**, erklärt der Vorsitzende der PDS-Fraktion im Bundestag, Gregor Gysi:

Der Bundestagsabgeordnete Uwe Hiksch hat sich entschlossen, aus der SPD auszutreten, und damit auch deren Bundestagsfraktion zu verlassen. Er begründet diesen Schritt damit, dass er für eine andere Politik Wahlkampf geführt habe und gewählt wurde, als sie nunmehr von der SPD-Bundestagsfraktion und der Bundesregierung unter Führung der SPD betrieben werde. Wenn er nicht mitverantwortlich für den Bruch von Wahlversprechen werden wolle, müsse er aus Gewissensgründen und in politischer Verantwortung einen



Uwe Hiksch, in Coburg direkt gewählter SPD-Abgeordneter, hat zur PDS gewechselt.

solchen Schritt gehen. Gleichzeitig erklärte Uwe Hiksch, Mitglied der PDS-Bundestagsfraktion und – bei Respektierung seiner politischen Auffassungen – auch Mitglied der PDS werden zu wollen. Er begründete dies mir gegenüber damit, dass er der Auffassung sei, als linker Sozialdemokrat innerhalb der PDS-Bundestagsfraktion seine politischen Ansätze in stärkerem Maße verwirklichen zu können als derzeit innerhalb der SPD und deren Bundestagsfraktion. Die politische und Gewissensentscheidung des Abgeordneten Uwe Hiksch verdient Respekt. Eine solche Entscheidung verändert nicht unbedeutend das Leben eines Menschen. Dies bezieht sich nicht nur auf die politischen Gremien, in denen jemand bis dahin gewirkt hat. Folgen gibt es regelmäßig in der Art der öffentlichen Wahrnehmung, im Kreis von Freunden und Freunden und selbst bei Angehörigen. Wenn man zusätzlich bedenkt, dass der Abgeordnete Hiksch in dem bayerischen Wahlkreis Coburg wirkt, kann man sich leicht vorstellen, welcher Antihaltung er künftig begegnen wird. Das alles ist ihm bekannt, dennoch sah er für sich keine andere Möglichkeit, als die oben genannte Entscheidung zu treffen. Zweifellos scheidet bei ihm auch jede Motivation in Richtung Opportunismus oder Karrierismus aus. Ein SPD-Mitglied, das es bereits geschafft hat, für die SPD im Bundestag zu sitzen, weiß, dass fast alle Karriereträume beendet sind, wenn es – und dann noch in Bayern – zur PDS wechselt. Während solche Unterstellungen im umgekehrten Fall nicht abwegig erschienen, sind sie hier absurd. Uwe Hiksch hat in seinem Wahlkreis das Direktmandat ge-

wonnen. Unter anderem darauf stützt er seine Entscheidung, sein Mandat nicht zurückzugeben. Dennoch habe ich Verständnis für die Forderung der SPD-Bundestagsfraktion gegenüber Uwe Hiksch, sein Mandat niederzulegen, weil er nicht für die PDS, sondern für die SPD in den Bundestag gewählt wurde. Im umgekehrten Falle würden die PDS-Fraktion und ich eine gleiche Forderung erheben. Es ist nach dem Grundgesetz aber die Entscheidung des Abgeordneten selbst, ob er sein Mandat niederlegt oder nicht. Die PDS und ihre Bundestagsfraktion sollten deshalb die Entscheidung des Abgeordneten Uwe Hiksch respektieren. Es gibt nach meiner Auffassung keinen Grund, jemanden, der den Weg zur PDS findet, den Zugang zu ihr zu versperren. Wenn ich zusätzlich berücksichtige, dass die Entscheidung von Uwe Hiksch Ausdruck politischer Konsequenz und nicht politischer Inkonsistenz ist, dass sie von nachvollziehbaren politischen und moralischen Gründen und nicht von niedrigen Beweggründen getragen ist, dann halte ich es für gerechtfertigt, der Fraktion der PDS zu empfehlen, Uwe Hiksch aufzunehmen. Sollte die Fraktion sich so entscheiden, dann ändert dies nichts daran, dass wir auch künftig sehr kritisch gegenüber Mandatswechseln bleiben werden. Im Prinzip gilt: Wir wollen durch Wahlen stärker werden, nicht durch Übertritte. Deshalb werden wir auch in Zukunft niemals Abgeordnete anderer Parteien animieren, einen Mandatswechsel zugunsten der PDS-Bundestagsfraktion vorzunehmen. Wenn eine Abgeordnete bzw. ein Abgeordneter aber eine persönliche Entscheidung getroffen hat, bleibt uns kein anderer Weg, als sich dazu zu verhalten.

Der **PDS-Landesverband Hessen** will im März 2001 zu den Kommunalwahlen antreten und insbesonders in den hessischen Großstädten antreten. Die hessische Landesregierung plant eine Neufassung des Kommunalwahlgesetzes, wonach bei der kommenden Kommunalwahl erstmals eine 3-Prozent-Sperrklausel gelten soll. Der Landesparteitag forderte von der Landesregierung die gänzliche Abschaffung jeglicher undemokratischer Sperrklauseln. Notfalls will der Landesverband per Gerichtsentscheidung, ähnlich wie in NRW, eine Sperrklausel zu Fall bringen. Der Landesvorstand fordert vom PDS-Parteivorstand 200 000 DM „Vorwahlkampfunterstützung“.

Am 1. Oktober vereidigte der Historiker Günter Judick, erster **Alterspräsident der PDS in westlichen Kommunalparlamenten** – über die offene Liste der Velberter PDS in den Rat eingezogen – den neuen hauptamtlichen Bürgermeister der Stadt, F. Hörr (CDU). Judick stellte

in seiner kurzen Ansprache nach der Vereidigung fest, daß die Arbeit des Stadtrates aufgrund seiner Zusammensetzung nicht einfach werde. Er wünschte sich aber eine gute, interessante Ratsarbeit, mit der die Politikverdrossenheit der Velberter Bürger überwunden werden kann.

Der Offene Mittwochstreff der **PDS Gruppe im Rat der Stadt Köln** und den Bezirksvertretungen befaßte sich mit den Wahlen der Bezirksvorsteher in Ehrenfeld und Nippes. Völlig verblüfft war man über die Entrüstung aus Kreisen der CDU, dass SPD-Kandidaten mit Hilfe der PDS gewählt werden. „Mich hat der Fraktionsvorsitzende der CDU Hans-Dieter Krill angerufen, ob ich mir vorstellen könnte, einen CDU-Kandidaten in Nippes zu wählen. Ich habe dies sofort verneint“, berichtet Michael Weisenstein, der für die PDS in der Bezirksvertretung Nippes ist. Ähnliches berichtet Anne Frohnweiler aus Ehrenfeld. Dort ist mit Stimmen der PDS der SPD-Kandidat zum Bezirksvorsteher gewählt worden: „Ich habe vom CDU-Kandidaten Strobel unmittelbar vor der Wahl zwei Briefe erhalten. Im letzteren bewarb er sich um meine Stimme und bat um ein Gespräch.“

Das Projekt „**Kölner Woche**“, ein wöchlicher, örtlicher Mantel zur „**Jungen Welt**“, ist vorerst gescheitert. Den linken Journalisten fehlen 500 Abonnenten. Sie überlegen, wie sie mit dem Projekt weiter verfahren. Es gab auch Gespräche mit den „**Kölner Lokalberichten**“. Da die Zukunft des Projektes aber ungewiß war, wurde von einer Fusion abgesehen. Die „**Kölner Woche**“ hatte die Insidergeschäfte des SPD-OB Kandidaten Heugel aufgedeckt und die Anbiederung der Grünen an die CDU kritisiert. Das Blatt zeigte sich positiv zur PDS-Kandidatur zu den Kommunalwahlen. All dies hat ihr in der Kölner Linken Ansehen verschafft, aber nicht genug Abonnenten.

3 225 Mitglieder hat die PDS in den alten Bundesländern. Wie genau das 3 000. Mitglied aus Saarbrücken ermittelt wurde, bleibt ein Geheimnis. Auf jeden Fall wurde sie auf einer Schiffsfahrt vom Parteivorsitzenden Lothar Bisky ganz herzlich begrüßt.

Das **Infoblatt der PDS-Bundestagsgruppe** heißt jetzt „reinblick“ und nicht mehr „R(h)einblick“. Man kann die Zeitung kostenlos abonnieren: PDS-Fraktion, Platz der Republik, 11011 Berlin. Die neueste Ausgabe ist besser gestaltet und sehr übersichtlich, z.B. in Bezug auf die parlamentarischen Initiativen. Diesmal sind alle neuen Telefon-Nummern enthalten und die Arbeitsteilung in der Bundestagsfraktion ist veröffentlicht.

Zusammenstellung: jöd

„Führungsmaßt im positivem Sinne“ oder „Ablehnung jeder militärischen Konfliktlösung“?

Vor der Führungsakademie der Bundeswehr hat Verteidigungsminister Scharping den Anspruch der BRD, die Welt gegebenenfalls auch mit militärischen Mitteln nach eigenen Vorstellungen gestalten zu wollen, kürzlich wie folgt bekräftigt: „Deutschland fällt auf Grund seiner geostrategischen Lage in der Mitte Europas, seiner Größe und Wirtschaftskraft eine Schlüsselrolle für die Gestaltung eines sicheren europäischen Umfelds zu. Diese Schlüsselrolle ist gleichzeitig Verantwortung und Chance.“

In der aus Anlass der Osttimor-Resolution des Dtsch. Bundestages (s. PB 20, S. 4) aufgebrochenen Diskussion in der PDS-Bundestagsfraktion wird deutlich, dass einige PDS-Abgeordnete einer solchen Argumentation nicht mehr widerstehen und sich anschicken, die strikt antimilitaristische Position der PDS in Frage zu stellen. Ein Teil der AG Internationale Politik der PDS-Bundestagsfraktion, darunter der Abgeordnete Manfred Müller, will geltend machen, dass der Bundesrepublik „auf Grund ihres vorhandenen Gewichts in einer interdependenten (von einander abhängigen – Red.) Welt ein höheres Maß globaler Verantwortung (erwächst)\“, dass sie als „Führungsmaßt im positiven Sinne“ bei ziviler Konfliktprävention gefragt sei, dass aber, wer sich zum „Gewaltmonopol der UN“ bekenne und akzeptiere, dass dies militärische Missionen der UNO einschließe, grundsätzlich auch bereit sei müsse, solche Missionen zu unterstützen. Es sei nicht zu rechtfertigen, Kampfeinsätze und die damit verbundenen Opfer anderen, womöglich gar kleineren Nationen zu überlassen. Deshalb befände sich die PDS in einem moralischen und politischen Dilemma, wenn sie „das Gewaltmonopol der UN mit allen Konsequenzen akzeptiert und gleichzeitig eine deutsche Beteiligung an möglichen Kampfeinsätzen der UN grundsätzlich ablehnt“. (Zitate aus: „Eine Sanitruppe der Bundeswehr nach Ost-Timor?“)

Wir dokumentieren dazu den Diskussionsbeitrag der niedersächsischen PDS-Abgeordneten Heidi Lippmann. scc

Diskussionsbeitrag von Heidi Lippmann

Da sich die AG Internationale Politik der PDS-Bundestagsfraktion in der Osttimorfrage nicht auf eine einheitliche Linie zu militärischen Interventionen nach Kapitel VII der UN-Charta einigen konnte, möchte ich im Folgenden als eigenen Diskussionsbeitrag einige Grundprobleme für die Diskussion zu bedenken geben.

Frieden schaffen ohne Waffen – aber wie?

Die aktuelle Situation, aufgrund massiver Menschenrechtsverletzungen über die Entsendung militärischer Truppen entscheiden zu müssen, ist nicht neu, ebenso wenig wie die Notwendigkeit der Bundestagsfraktion, sich unter Zeitdruck positionieren zu müssen.

Während wir uns in der Kosovo-Debatte auf die fehlende völkerrechtliche und verfassungsgemäße Legitimation stützen konnten, ist die Kapitel-VII-Entscheidung des UN-Sicherheitsrates zwar völkerrechtlich legitim, doch nicht alles, was rechtlich in Ordnung ist, ist auch politisch richtig. Bei der Beteiligung deutscher Truppen an militärischen Interventionen kommt nach wie vor die verfassungsmäßige Frage hinzu (siehe Grundproblem 4). Es ist wohl unstrittig, dass die PDS-Bundestagsfraktion der NATO-Bombardierung Jugoslawiens in keinem Fall zugestimmt hätte, auch wenn ein entsprechendes Mandat des UN-Sicherheitsrates vorgelegen hätte.



**Bisheriger Konsens in der Partei und bei den Wählern:
Keine Bundeswehr ins Ausland, egal mit welcher Helmfarbe!**

In dem nun von Teilen der AG Internationale Politik vorgelegten Papier unter der Überschrift „Eine Sanitruppe der Bundeswehr nach Ost-Timor“ wird im zweiten Teil versucht, die in der PDS ungeklärte Gewaltfrage bei der Wahrung des Weltfriedens und der internationalen Sicherheit, also eine elementare Grundsatzfrage des Parteiprogramms, mit einer aktuellen Entscheidungsnotwendigkeit zu verknüpfen.

Das ist m.E. falsch und gefährlich, denn Entscheidungen, die aufgrund einer vermeintlich moralischen Verantwortlichkeit getroffen werden, führen häufig in die Sackgasse. Bekanntlich sind die Bündnisgrünen genau dorthin geraten.

Auf die Gefahr hin, dass uns als Entscheidungsträger der Partei verantwortungslose Passivität vorgeworfen wird, sollten wir weiterhin an der Beschlusslage des Magdeburger Parteitages festhalten⁽¹⁾ und unsere grundsätzliche Ablehnung gegenüber militärischen Konfliktlösungen beibehalten. Statt uns dem moralischen Druck zu ergeben und zum jetzigen Zeitpunkt eine Grundsatzposition der Fraktion zu treffen, sollten wir unsere Widersprüche als solche benennen und in den Diskurs der angelaufenen Grundsatzdebatte der PDS einbringen.

Erinnert sei auch an die eindeutige Positionsbestimmung der Bundestagsgruppe der 13. Legislaturperiode zur UN-Politik der Bundesregierung, die zum 50. Jahrestag der Vereinten Nationen 1995 in den Bundestag eingebracht wurde und in der es u.a. heißt:

„Die Bundesrepublik Deutschland setzt sich dafür ein, dass dem verhängnisvollen Kurs militärischer Interventionen in Konflikte durch Kampfeinsätze der VN, der NATO oder anderer politisch-militärischer Zusammenschlüsse Einhalt geboten wird. Die Prioritäten der UN-Politik sind eindeutig und konsequent auf die Bekämpfung der Ursachen von Kriegen und Konflikten zu orientieren.“

Die Bundesrepublik Deutschland wird sich an Kampfeinsätzen jeglicher Art, ob unter VN- oder NATO-Helmen, nicht beteiligen. Um den Missbrauch von Blauhelmen für das wirkliche Peacekeeping zu verhindern, sind die Regeln, die sich in der Völkerrechtspraxis bewährt haben, in der VN-Charta verbindlich zu fixieren.“

Im Folgenden möchte ich noch auf einige Grundprobleme hinweisen, die in der Debatte des Umgangs mit Kapitel VII der UN-Charta berücksichtigt werden sollten.

Grundproblem 1:

Die Bejahung militärischen Eingreifens bedeutet eine Akzeptanz der bestehenden Militärapparate und der Notwendigkeit von Rüstungsproduktion.

Wer heute ja zur Gewaltanwendung sagt, sagt damit auch – nolens volens – ja zu den Militärapparaten, wie sie heute verfügbar sind und zügig weiterentwickelt werden, nämlich Streitkräfte zur brutalen, unverhältnismäßigen Gewaltanwendung. Diese Streitkräfte können gar nicht mehr anders agieren als gegen zivile Strukturen und unbeteiligte, unschuldige Menschen. Folge: Bei der Bedeutigung von Gewalt mit Gewalt entsteht mehr Gewalt, und es gibt am Ende mehr Opfer, als wenn in einen Konflikt nicht eingegriffen worden wäre. Das humanitäre Völkerrecht wird immer weiter ausgehöhlt.

Auch wenn militärisches Eingreifen in Konflikte sich vorübergehend beruhigend ausgewirkt hat, ist die Gefahr eines neuerlichen Ausbruchs gewaltvoller Konflikte respektive ihrer Verlagerung erfahrungsgemäß überaus groß.

Gewinner sind letztendlich immer die Befürworter starker und moderner Streitkräfte und die Profiteure der Militarisierung der auswärtigen Beziehungen.

Grundproblem 2:

Militärische Gewaltanwendung versus ziviler Konfliktverhinderung

Aus der praktischen Politik der Unterstützung der Benutzung und damit Förderung der militärischen Gewaltanwendung folgt die Vernachlässigung der Entwicklung nichtmilitärischer Konfliktverhinderungs- und -beilegungsmittel und -methoden.

Es entsteht kein politischer Druck, die grundsätzlichen Fehler im System UNO / OSZE anzugehen und durch Reformen zu beheben.

Die Aufrüstung von Krisenregionen, die Unterstützung von Regierungen, die systematisch Menschenrechte verletzen, aus wirtschaftspolitischem Opportunismus usw. durch die Bundesrepublik Deutschland und die anderen Wirtschaftsmächte geht weiter.

Die Menschenrechtsfrage zur Legitimierung von Interventionen wird immer nur in diesem beschränkten Sinn thematisiert bleiben, statt als Einheit individueller, bürgerlicher und sozio-ökonomischer Rechte diskutiert und durchgesetzt zu werden.

Grundproblem 3:

Zivile Dienstleistungen benötigen keine militärischen Strukturen

Das klassische Militär – anderes gibt es nicht – ist von seiner militärstrategischen Ausrichtung auf maximale Zerstörung und Sieg im Krieg, damit aufgrund seiner Ausrustung, Ausbildung und Operati-

onsführung nicht nur ungeeignet als „Friedensstifter“, sondern unverhältnismäßig teuer.

Das Verhältnis Input zu Output ist unvertretbar schlecht. Zwar können militärische Verbände und Einheiten auch zivile Dienstleistungen wie Kranken- und Verletzungsversorgung, Hoch- und Tiefbau, Regelung des Straßenverkehrs usw. erbringen. Aber sie tun es schlechter und zu viel höheren Kosten, als dies dafür qualifizierte zivile Organisationen tun könnten. Letztendlich haben sie aber eine andere Bestimmung, nämlich die der militärischen Kampf- und Einsatzbereitschaft.

Grundproblem 4:

Die Einsatzmöglichkeiten der Bundeswehr sind verfassungsgemäß auf den Verteidigungsfall beschränkt

Die besondere Situation der Bundesrepublik Deutschland wird im Drang der früheren und derzeitigen Bundesregierung nach Anerkennung ihres Mittelmachtstatus durch demonstrative uneingeschränkte militärische Handlungsfähigkeit und –bereitschaft immer weniger beachtet. Das BVerfG-Urteil vom Juni 1994 hat die Beschränkung deutscher Streitkräfte aufgrund Art. 87a auf Verteidigung nicht aufgehoben. Das Gericht konnte das auch gar nicht, weil das GG ausdrücklich nur die Einsatzmöglichkeiten „Verteidigung“ und „Katastrophenhilfe“ vorsieht. Es wird von interessierter Seite aber so getan, als ob das BVerfG alle Schleusen geöffnet hätte. Das trifft nicht zu.

Vor einer entsprechenden Verfassungsänderung muss daher die PDS aus rechtlichen und politischen Gründen jeglichem Kampfeinsatz deutscher Soldaten, egal in welchem Zusammenhang, widersprechen.

Schlussfolgerungen:

Die PDS steht uneingeschränkt zur Mitgliedschaft Deutschlands in den Vereinten Nationen. Doch dies bedeutet nicht automatisch die unbedingte Anerkennung des Gewaltmonopols der UN. Überaus wichtig ist es aus meiner Sicht, die Debatte um die Reform der UN nicht auf die Gewaltmonopolfrage zu reduzieren.

Hiervor losgelöst ist die Frage der praktischen Umsetzung des Gewaltmonopols und der Haltung Deutschlands in jedem konkreten Einzelfall der Aufforderung, einen Militärbeitrag gem. Art. 43 UN-Charta zu leisten, zu betrachten.

Der Antrag der letzten Bundestagsgruppe zur UN-Reform (Drucksache 13/2632) sollte in überarbeiteter Form erneut von uns eingebracht werden.

Forderungen nach einer Demokratisierung der Strukturen und der Entscheidungs- und Verantwortungsbereiche der UN, nach Entmilitarisierung und Zivilisierung der internationalen Beziehungen, nach Abrüstung und Rüstungskonversion, Abbau und Beseitigung von Ungleichgewichten und Ungerechtigkeiten in der Welt, Einhaltung, Gewährleistung und Entwicklung der Menschenrechte sind nach wie vor richtig und wichtig.

Nach meiner Überzeugung muss sich Deutschland mit Militärbeiträgen aus historischen und aus rechtlichen Gegebenheiten, die ja aus der Geschichte Deutschlands entstanden sind, weiterhin zurückhalten. Insbesondere darf die richtige Forderung nach unteilbaren und universell gültigen Menschenrechten nicht dazu missbraucht werden, immer mehr Kriege und Militäreinsätze im Namen der Menschenrechte zu führen. Sich dem moralischen Druck des „Wir dürfen nicht tatenlos zuschauen“ nach dem Motto „Der Zweck heiligt die Mittel“ im Ausnahmefall, wie z.B. in Osttimor, mit militärischen Mitteln ergeben zu wollen, setzt eine Akzeptanz dieser Mittel voraus und impliziert die Akzeptanz des dazugehörigen Komplexes – von den Strukturen des Militärapparates bis hin zur Produktion von Rüstungsgütern.

Vordringliche Aufgabe der internationalen Politik der PDS – der Partei und insbesondere der Bundestagsfraktion und der Europafraktion – sollte sein, im Vorfeld Konflikte zu erkennen und frühzeitig ein Instrumentarium zur Entschärfung von Situationen auszubauen und Alternativen aufzuzeigen, die militärische Interventionen überflüssig machen.

Ich rate dringend ab, am konkreten Fall Osttimor etwa die Grundsatzposition der PDS in der „Gewaltfrage“ – das heißt vor einer gründlichen programmatischen Positionsbestimmung der Partei – zu präjudizieren. Schon gar nicht sollte die PDS-Fraktion im Deutschen Bundestag dies tun.

Berlin, den 5. Oktober 1999, Heidi Lippmann, Friedens- und abrüstungspolitische Sprecherin der PDS-Bundestagsfraktion, Leiterin der AG Internationale Politik

¹ Der Magdeburger Parteitag hatte beschlossen: „Wir lehnen militärische Konfliktlösungen grundsätzlich ab. Das gilt auch allen Bestrebungen, im Rahmen der UNO regionale Auseinandersetzungen und einzelne innerstaatliche Konflikte mit militärischen Mitteln bewältigen zu wollen, anstatt die jeweils vorhandenen Möglichkeiten der Kriegsverhütung und der politischen, nichtmilitärischen Problem- und Konfliktlösung zu nutzen.“

„Nach meiner Überzeugung muss sich Deutschland mit Militärbeiträgen aus historischen und aus rechtlichen Gegebenheiten, die ja aus der Geschichte Deutschlands entstanden sind, weiterhin zurückhalten.“



ADRESSE AUFKLEBER

Am 22. Oktober beginnt auf Initiative der Informationsstelle Kurdistan e.V. eine Bus-Rundreise unter dem Motto: *Freiheit für Abdullah Öcalan - Für eine politische Lösung in Kurdistan!* durch mehrere Städte der BRD. Stationen: 22.10. Bremen; 23./24.10. Hamburg; 25.10. Hildesheim; 26.10. Göttingen, 27./28.10. Duisburg; 29.10. Düsseldorf/Köln; 30.10. Mainz; 1.11. Ulm; 2.11. Regensburg; 3.11. Dresden, Halle oder Jena; 4.11. Magdeburg; 5./5.11. Berlin.

24. Oktober: Kommunalwahlen in Baden-Württemberg

28. bis 31. Oktober: 22. Bundeskonferenz Entwicklungspolitischer Aktionsgruppen (BUKO) in Hannover, Motto: „*Gegenmacht von unten*“ (s. PB 20)

29. Oktober: Unter dem Motto „*Sparpaket: Böse Überraschung!*“ ruft die Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen die Arbeitsloseninitiativen, Sozialverbände und Gewerkschaften zu Protestaktionen gegen das unsoziale Sparpaket der Bundesregierung auf. In Berlin findet um 15.00 Uhr eine Kundgebung auf dem Alexanderplatz statt.

29./30. Oktober: In Berlin trifft sich der Trans Atlantic Business Dialogue, der wohl einflussreichste Lobbyverband europäischer Konzerne. Etwa 120 Unternehmen werden dort vertreten sein, größtenteils durch ihre Vorsitzenden. U.a. geht es um die Erweiterung der WTO. Gegenveranstaltungen sind in Vorbereitung.

30. Oktober: *Tribunal über den NATO-Krieg gegen Jugoslawien*, s. auch PB 20. 10-19 Uhr, Kirche zum Heiligen Kreuz, Zossener Straße 65, Ecke Blücherstr. Vorbereitungskomitee, c/o Gesellschaft zum Schutz von Bürgerrecht und Menschenwürde e.V., GBM, Weitlingstr. 89, 10317 Berlin, Tel. (030) 5 57 83 97, Fax (0 30) 5 55 63 66, Email: gbm@t-online.de

30. Oktober/1. November: *Bundeskongress der DFG/VK*, u.a. Feier zum 25jährigen Bestehen. Kontakt: Bundesgeschäftsstelle der DFG-VK, Schwanenstr. 16, 42551 Velbert, Tel. (0 20 51) 42 17. E-Mail: dfgvk@mail.kdt.de Internet: <http://www.dfg-vk.de>

4. November: *Internationaler Aktionstag und Tag der gewerkschaftlichen Organisierung von Call Centern*, organisiert von Communications International und FIET

6./7. November: IMI-Kongress mit dem Thema: „*Die nächsten Kriege*“.

17.-19. November: *Außerordentlicher Gewerkschaftstage* der HBV in Würzburg und der ÖTV. Die Gewerkschaften beraten Anträge zur Dienstleistungsgewerkschaft und zum Weg dahin.

19.-21. November: Tagung in Hamburg: *Friedensarbeit und Friedenserziehung nach dem Nato-Krieg gegen Jugoslawien*. Veranstalterin: Pädagoginnen und Pädagogen für den Frieden (PPF) in Verbindung mit dem „Aus- schuss für Friedenserziehung der GEW Hamburg“ und dem „Institut für konstruktive Konfliktaustragung und Mediation Hamburg“. Kontakt: PPF, Bernhard Nolz, Kölner Str. 11, 57072 Siegen, Tel. (02 71) 2 05 96, Fax (02 71) 2 39 09 85, Email: nolzpop@t-online.de

20. November 1999: Dritter Workshop der PDS zur Genossenschaftsidee: *Anders leben, anders arbeiten - Genossenschaften in sozialer und ökologischer Verantwortung*. Programm: Das Thema im Kontext mit der Debatte zur Programmatik der PDS (Dr. Judith Dellheim); Sozialgenossenschaften: Wege zu mehr Beschäftigung (Dr. Burghard Flieger); Die Bedeutung von Genossenschaften und ihren Dachorganisationen für regionale Beschäftigungs- und Entwicklungsstrategien (Dr. Gabriele Herbert); Gemeinschaft wirtschaften und zusammen leben – die Kommune als Vollgenossenschaft (Dr. Gisela Notz); Genossenschaft als Chance für alternative Arbeitsformen (Klas Lemmnitz); Ostdeutsche Agrargenossenschaften in den Widersprüchen hier und heute (N.N. aus Sachsen). 10-17 Uhr, Karl-Liebknecht-Haus, Kleine Alexanderstr. 28, 10178 Berlin.

26.-28. November: Bundesweites Vorbereitungstreffen der Innen!Stadt!Aktion! (s. Politische Berichte 20)

6. bzw. 7. bis 8. Januar: Vormerken: Linke Winterschule in Friedrichroda.



Politische Berichte

Einladung • Einladung • Einladung • Einladung • Einladung

Beim letzten Treffen des Arbeitskreises Politische Berichte im Februar in Köln wurde vereinbart, für die Redaktionsbereiche Arbeitskreise zu bilden. Der Arbeitskreis „Regionales und Gewerkschaftliches“ der *Politischen Berichte* trifft sich

**am Samstag, den 23. Oktober 1999, um 11 Uhr
in der DGB-Jugendbildungsstätte in Fulda,
Magdeburger Str. 69, 36037 Fulda.**

Die Tagungsstätte ist zu Fuß in zehn Minuten vom Bahnhof aus zu erreichen.

Vorschlag für die Tagesordnung.

1. Diskussion der Gliederung bzw. der Rubriken „Lokaler Widerstand“, „Kommunale Politik“, „Was war“, „Wirtschaftspresse“. – Es sollen eine Liste der Quellen erstellt und Vereinbarungen über deren arbeitsteilige Sichtung getroffen werden.

2. Herausbildung von Schwerpunkten. Die Leserinnen und Leser der *Politischen Berichte* informieren sich aus einer Vielzahl von Quellen. Ziel der Redaktionsarbeit muss es sein, Informationen zu bringen und Anliegen zu fördern, die im politischen Arbeitszusammenhang unserer Autorinnen und Au-

toren bzw. unserer Leserinnen und Leser besonderes Gewicht haben. Es soll versucht werden, unter diesem Gesichtspunkt Themen und Anliegen zusammenzutragen und Vereinbarungen über die Bearbeitung zu treffen. – Vorliegen wird ein Vortrag zu den Möglichkeiten der Berichterstattung über Wirtschaftsereignisse v.a. im Bereich der Kommunalwirtschaft.

3. Verbindung mit Schulung und Bildungsarbeit. Die Entwicklung der modernen Medien, v.a. des Internet, erschließt gerade für die ehrenamtliche Redaktionsarbeit in vorher ungetanem Maße Quellen. Technische Hilfe bei der Handhabung wird durch die Vereinbarungen über die benutzte Software erleichtert.

Die Tagung wird um 17 Uhr beendet sein.

Das Forum Kommunistischer Arbeitsgemeinschaften gewährt Angehörigen seiner Trägerorganisationen einen Fahrtkostenzuschuss.

Die Redaktion Politische Berichte – Regionales und Gewerkschaftliches bittet um *Anmeldung* eventuell mit Vorschlägen und Stellungnahmen bis zum 17.10.1999 über:

GNN-Verlag • Stubaijerstr. 2 • 70327 Stuttgart

Tel: 0711/624701 • Fax: 0711 / 621532

e-mail mfochler@gnn-verlage.de

Die Teilnehmenden erhalten dann bis 22.10. Material für die Diskussion.